

18. Legislaturperiode
Bilanz
Gesetzgebungsvorhaben

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
Abteilung G	
<p>G I 4 (GZ 5 neu) / Datenblatt-Nr. 1806024</p> <p>Gesetz zum Vertrag der Bundesrepublik Deutschland mit der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WGRK) über deren Niederlassung in DEU</p> <p>Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, und die Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WGRK) haben am 14. April 2014 einen Vertrag geschlossen, um der WGRK als internationaler Dachorganisation von derzeit 229 nationalen Kirchen in 108 Staaten die Niederlassung als Organisation und die Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch ihre Mitarbeiter in Deutschland zu erleichtern. Da der Vertrag sich auf Gegenstände bezieht, deren Regelung der Legislative vorbehalten ist, (z. B. Aufenthaltsgesetz, Fünftes Buch Sozialgesetzbuch) bedarf der Vertrag für sein Inkrafttreten noch der Zustimmung des Deutschen Bundestages in Form eines Gesetzes.</p>	<p>Kabinett: 2. Juli 2014</p> <p>BT 1: 25. September 2014</p> <p>BT 2./3.: 17. Oktober 2014</p> <p>BR 2: 7. November 2014</p> <p>Inkrafttreten: 19. Dezember 2014 (BGBl. I 2014 S. 2078)</p>
Stab GZ	
<p>GZ 2 / Datenblatt-Nr. 1806157</p> <p>Dritte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung</p> <p>Mit der erneuten Änderung der Integrationskursverordnung werden mehrere Ziele verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Wiedereinführung der Förderung der integrationskursbegleitenden Kinderbetreuung durch Integrationskursträger, - weitere Anpassungen zur Beschleunigung von Kursbeginn und Kursdurchführung, - die bessere Verzahnung von Sprachförderung und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bei so genannten Kombinationsmaßnahmen (KompAS - Kompetenzfeststellung, frühzeitige Aktivierung und Spracherwerb), einer Kombination aus Integrationskurs und arbeits-marktbezogener Aktivierungsmaßnahme, und die verfahrenstechnische Annäherung beider Maßnah- 	<p>Kabinett: 14. Juni 2017</p> <p>Inkrafttreten: 25. Juni 2017 (BGBl. I 2017 S. 1875)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung menteile, sowie Anpassungen, die sich aus der Erhöhung der Stundenzahl des Orientierungskurses als Teil des Integrationskurses von 60 auf 100 ergeben.	
Abteilung ÖS	
ÖS I 4 / Datenblatt-Nr. 1806040 Gesetz zu dem Abkommen vom 15. Mai 2014 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden (Vertragsgesetz zum Deutsch-Polnischen Polizeivertrag) Zur Fortentwicklung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit wurde am 15. Mai 2014 ein neues Abkommen über die Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden unterzeichnet. Gemäß Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG ist für die Ratifizierung und das Inkrafttreten dieses Abkommens ein entsprechendes Gesetz erforderlich. Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Voraussetzungen für die Ratifizierung geschaffen werden.	Kabinett: 11. Dezember 2014 Verkundung: 27. Februar 2015 (BGBl. II 2015 S. 234)
ÖS I 1 / Datenblatt-Nr. 1806007 Gesetz zum Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Aufhebung des Beschlusses 2007/124/EG, Euratom des Rates (GE Aufhebung CIPS-Beschluss) Durch das Gesetz sollen die innerstaatlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit der deutsche Vertreter im Rat dem Vorschlag für den Beschluss zur Aufhebung des Beschlusses 2007/124/EG, Euratom zustimmen darf. Mit dem Beschluss 2007/124/EG, Euratom wurde unter dem mehrjährigen Finanzrahmen 2007 bis 2013 als Teil des Rahmenprogramms Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte das spezifische Programm Prävention, Abwehrbereitschaft und Folgenbewältigung	Kabinett: 29. Januar 2014 Inkrafttreten: 26. Juni 2014 (BGBl. II 2014 S. 410)

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>im Zusammenhang mit Terrorakten und anderen Sicherheitsrisiken für den Zeitraum 2007 bis 2013 (CIPS-Programm) aufgelegt. Gemäß dem mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 wird das CIPS-Programm innerhalb des Rahmenprogramms des Fonds für die innere Sicherheit von dem Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (ISF-Polizei) abgelöst. Der Beschluss 2007/124/EG, Euratom zur Auflegung des CIPS-Programms soll daher mit Inkrafttreten der Verordnung zur Schaffung von ISF-Polizei aufgehoben werden. Der Vorschlag für den aufhebenden Beschluss des Rates ist auf Artikel 352 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gestützt. Nach § 8 des Integrationsverantwortungsgesetzes vom 22. September 2009 (BGBl. I S. 3022), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 1. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3822) geändert worden ist, darf der deutsche Vertreter im Rat dem Vorschlag nicht zustimmen, solange kein Gesetz gemäß Artikel 23 Absatz 1 GG in Kraft getreten ist.</p>	
<p>ÖS II 4 (Ff BMJV)</p> <p>Gesetz zur Umsetzung von Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages</p> <p>Nach Bekanntwerden des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) im November 2011 wurde offenbar, dass es dieser rechtsterroristischen Gruppierung über einen Zeitraum von fast 14 Jahren gelungen war, von den Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern unentdeckt schwerste Straftaten zu begehen. Der Entwurf setzt die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages für den Bereich der Justiz um, soweit die Bundesebene betroffen ist.</p>	<p>BT 2./3.: 19. März 2015</p> <p>Inkrafttreten: 1. August 2015 (BGBl. I 2015 S. 925)</p>
<p>AG ÖS I 3 / Datenblatt-Nr. 1806010</p> <p>Gesetz zur Änderung des Antiterrordateigesetzes und anderer Gesetze</p> <p>Aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Antiterrordatei vom 24. April 2012 sind die vom Gericht für verfassungswidrig erklärten Einzelschriften im ATDG sowie Parallelregelungen im RED-G und AufenthG zu ändern. Au-</p>	<p>Kabinett: 8. April 2014</p> <p>BT 2./3.: 9. Oktober 2014 BR 2: 7. November 2014</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>ßerdem sollen mit dem Gesetzentwurf in Umsetzung des Koalitionsvertrags die Analysefähigkeit der ATD sowie der technische Analysefähigkeit des BfV verbessert werden.</p>	<p>Inkrafttreten: 1. Januar 2015 (BGBl. I 2014 S. 2318)</p>
<p>ÖS I 2 / Datenblatt-Nr. 1806051</p> <p>Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes</p> <p>Gesetzesregelungen sind wesentlich, um den in 2012 begonnenen Reformprozess auch auf der Gesetzesebene umzusetzen und den Forderungen des NSU UA nachzukommen;</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Zentralstelle und des Verbundes, • Verbesserung des Informationsflusses und Stärkung der Analysefähigkeit, • Kern-Regelungen zum Einsatz von V-Leuten nebst Einführung eines spezifischen Rechtfertigungsgrundes, • Änderungen in G 10-Angelegenheiten, insbesondere verbesserte Aufklärung von Cyberangriffen. 	<p>Kabinett: 25. März 2015</p> <p>BT 1.: 24. April 2015 BR 1: 8. Mai 2015 Kabinett-GÄ: 3. Juni 2015 Anhörung: 8. oder 10. Juni 2015 Abschluss IN: 1. Juli 2015 BT 2./3.: 3. Juli 2015 BR 2: 25. September 2015</p> <p>In Kraft getreten: 21. November 2015 (BGBl I 2015, S. 1938)</p>
<p>ÖS I 2 / Datenblatt-Nr. 1806063</p> <p>Gesetz zur Konsolidierung der Vorschriften nach den Terrorismusbekämpfungsgesetzen (TB-Konsolidierungsgesetz - TBKG) umbenannt in</p> <p>Gesetz zur Verlängerung der Befristung von Vorschriften nach den Terrorismusbekämpfungsgesetzen (TBV)</p> <p>Nach Artikel 9 des Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes (Änderungsgesetz) vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2553, 2576) waren die Anwendung befristeter Regelungen der Terrorismusbekämpfung von der Bundesre-</p>	<p>Ressortabstimmung: bis Juni abgeschlossen</p> <p>Kabinett: 12. August 2015</p> <p>BT 1.: 25. September 2015</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>Inhalt / Begründung</p> <p>gierung vor dem 10. Januar 2016 zu evaluieren. Die Evaluierung hat die Erkenntnisse aus vorausgegangenen Evaluierungen bestätigt, dass die Regelungen sich bewährt haben. Gleichzeitig empfehlen sich nach den Praxiserfahrungen einige Anpassungen.</p> <p>Mit dem Gesetz werden die evaluierten Befugnisse zur Bekämpfung des Terrorismus, wie besonderes Auskunftsverlangen gegenüber Luftfahrtunternehmen und Betreibern von Computerreservierungssystemen, Kreditinstituten, Telekommunikationsdienstleister und Teledienstleister neuerlich befristet beibehalten.</p> <p>Interner Zusatz:</p> <p>Eine Umsetzung der Evaluierungsergebnisse durch dauerhafte Beibehaltung der bereits dreifach befristeten Befugnisse sowie Umsetzung aufgezeigter Verbesserungsmöglichkeiten ist daran gescheitert, dass der bereits fachlich abgestimmte Gesetzentwurf (im Kompromissweg ohne Entfristung, aber mit Verbesserungen) von der BMJV-Hausleitung politisch abgelehnt worden ist. Die retardierende Grundlinie von BM Maas konnte in 2016 durch politische Gespräche und im Ergebnis Richtungsentscheidungen der SPD-Spitze überwunden und mit Vorgaben des KoA konstruktiv gewendet werden. Dies konnte nach dem zeitlichen Ablauf aber nicht mehr zu dem bereits zuvor abgeschlossenen Eva-Gesetz politisch wirksam werden.</p>	<p>BR 1: 25. September 2015 GÄ: 29. September 2015 Anhörung: 2. November 2015 Abschluss IN: 4. November 2015 BT 2./3.: 5. November 2015 BR 2: 27. November 2015</p> <p>Inkrafttreten: 10. Dezember 2015 (BGBl. I 2015 S. 2161)</p>
<p>FF BMJV / ÖS I 3</p> <p>Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten (Vorratsdatenspeicherung)</p> <p>Mit dem Gesetzentwurf wird die sogenannte „Vorratsdatenspeicherung“ für Telekommunikationsverkehrsdaten wieder eingeführt. Erbringer von Telekommunikationsdiensten werden verpflichtet, im Einzelnen bezeichnete Verkehrsdaten für eine begrenzte Zeit unter hohen Sicherheitsvorkehrungen zu speichern. Verbindungsdaten sind für zehn Wochen zu speichern, Standortdaten für vier Wochen. Strafverfolgungsbehörden können die Daten zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten, die auch im Einzelfall schwer wiegen müssen, abrufen, wenn die Straftat sonst nicht aufgeklärt werden kann und die Erhe-</p>	<p>Kabinett: 27. Mai 2015</p> <p>Anhörung: 7. September 2015, alternativ: 21. September 2015</p> <p>Inkrafttreten: 18. Dezember 2015 (BGBl. I 2015 S. 2218)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>bung verhältnismäßig ist. Landespolizeibehörden können auf die Daten zugreifen, wenn eine landesrechtliche Norm dies zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder den Bestand des Bundes oder eines Landes vorsieht. Damit schließt der Gesetzentwurf Lücken in der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr in einer Weise, die den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Gerichtshofs der Europäischen Union gerecht wird.</p> <p>Gegenüber der vom Bundesverfassungsgericht nichtig erklärten Altregelung werden</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Speicherfristen von 6 Monaten auf 10 bzw. 4 Wochen verkürzt, • keine Verkehrsdaten zur Email-Kommunikation erfasst, • die Schwelle für den Zugriff auf die Daten (verpflichtend auch für die Landesgesetzgeber) angehoben, • keine Zugriffsmöglichkeiten auf Verkehrsdaten für das BfV sowie für BKA, ZKA und BPol zu Gefahrenabwehrzwecken vorgesehen (ein Zugriff für letztgenannte Behörden ist nur möglich, soweit sie strafverfolgend tätig werden) und • hohe technische Maßstäbe für die Sicherung der Daten bei den Providern angelegt. <p>Außerdem führt der Gesetzentwurf den neuen Straftatbestand der Datenhehlerei ein. Dieser soll den strafrechtlichen Schutz vor dem Handel mit ausgespähten, abgefangenen oder in anderer Weise rechtswidrig erlangten Daten gewährleisten.</p>	
<p>ÖS I 3 / Datenblatt-Nr. 1806062 - siehe 1806120</p> <p>Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden (GE zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI (Datenschutz 3. Säule))</p> <p>Der Rahmenbeschluss soll durch die Änderung des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG), der StPO, des Bundeskriminalamtgesetzes, des Bundespolizeigesetzes, des Zollfahndungsdienstgesetzes umgesetzt werden. Derzeit sind die Verhandlungen über den Vorschlag für eine Richtlinie des EP und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhü-</p>	<p>Kabinett: 12. August 2015</p> <p>BR 1: 25. September 2015</p> <p>GÄ.: 7. Oktober 2015</p> <p>BT 1.: 20. März 2017</p> <p>Abschl. IN: 23. März 2017</p> <p>BT 2./3.: 31. März 2017</p> <p>BR 2: 12. Mai 2017</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>tung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr (KOM/2012/010) wieder aufgenommen worden. Diese Richtlinie soll den Rahmenbeschluss ersetzen. Da aber unklar ist, wann die Richtlinie verabschiedet wird, soll zur Vermeidung eines Vertragsverletzungsverfahrens zunächst der Rahmenbeschluss umgesetzt werden. Das Gesetz soll bis Ende 2015 verabschiedet werden.</p>	
<p>ÖS II 1 (FF BMJV) / Datenblatt-Nr. 1807114</p> <p>Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates; hier: Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen CDU, CSU und SPD</p> <p>Die vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz vorgelegte Formulierungshilfe enthält eine Neukonzeption und eine Überprüfung des Tatbestandes des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft sowie der Prostitution. Künftig soll insbesondere das Ausnutzen von Opfern von Menschenhandel und von weiteren Personen in Zwangslagen zu sexuellen Handlungen unter Strafe gestellt werden. Flankierend werden Änderungen beim erweiterten Führungszeugnis und ein Tätigkeitsausschluss in Bezug auf die Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe vorgeschlagen.</p>	<p>Kabinett: 6. April 2016</p> <p>BT 2./3.: 7. Juli 2016</p> <p>Inkrafttreten: 15. Oktober 2016 (BGBl. I 2016 S. 2226)</p>
<p>ÖS II 1 (FF BMJV) / Datenblatt-Nr. 1807038</p> <p>Gesetz zur Bekämpfung der Korruption</p> <p>Das Gesetz dient der Umsetzung internationaler Rechtsinstrumente im Bereich der strafrechtlichen Korruptionsbekämpfung und sieht dazu insbesondere eine Ausweitung der Strafbarkeit der Bestechung und Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr vor, die nach dem EU-Rahmenbeschluss zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor von 2003 erforderlich ist. Außerdem wird die Strafbarkeit wegen Bestechung und Bestechlichkeit auf ausländische, europäische und internationale</p>	<p>Kabinett: 21. Januar 2015</p> <p>BR 1: 6. März 2015 GÄ: 18. März 2015 BT 1.: 26. März 2015 BT 2./3.: 15. Oktober 2015</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>Amtsträger ausgedehnt und das Strafanwendungsrecht angepasst. Damit soll den Vorgaben des Strafrechtsübereinkommens gegen Korruption des Europarats und seines Zusatzprotokolls entsprochen und eine Ratifizierung dieser Instrumente ermöglicht werden.</p> <p>Darüber hinaus ist eine Begrenzung des derzeit bestehenden persönlichen Strafausschließungsgrundes beim Tatbestand der Selbstgeldwäsche vorgesehen. Straffrei soll danach in Zukunft nicht mehr sein, wer als Vortatbeteiligter inkriminierte Vermögensgegenstände in den Verkehr bringt und dabei deren rechtswidrige Herkunft verschleiert. Ausgeklammert bleiben damit Handlungen, die typisches Nachtatverhalten darstellen und deren Unrechtsgehalt bereits durch eine Verurteilung wegen der Vortat erfasst wird. Ebenso wenig erfasst der Tatbestand Verhaltensweisen, die isoliert betrachtet sozialadäquat sind und deren Unrechtsgehalt sich erst aus einer Verknüpfung mit der ohnehin zu ahndenden Vortat ergibt. Die Regelung erfasst nur Handlungen, die mit dem Inverkehrbringen unter Verschleierung der Herkunft einen eigenen spezifischen Unrechtsgehalt aufweisen. Damit trägt die Regelung dem verfassungsrechtlichen Verbot der doppelten Bestrafung desselben Unrechts Rechnung.</p>	<p>BR 2: 6. November 2015</p> <p>Inkrafttreten: 26. November 2015 (BGBl. I 2015 S. 2025)</p>
<p>ÖS II 1 (FF BMJV) / Datenblatt-Nr. 1807110</p> <p>Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung</p> <p>Ziel des Gesetzentwurfs ist die Vereinfachung der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung. Kernstück des Reformvorhabens ist die grundlegende Neuregelung der Opferentschädigung. Dreh- und Angelpunkt ist die Streichung des § 73 Absatz 1 Satz 2 des Strafgesetzbuches (StGB). Das Regelungsmodell der Rückgewinnungshilfe wird damit hinfällig, die komplizierte Vorschrift über den staatlichen Auffangrechtserwerb überflüssig. Das Strafverfahren wird von zeitraubenden zivilrechtlichen Fragen befreit, die Vermögensabschöpfung erheblich vereinfacht und erleichtert.</p>	<p>Kabinett: 13. Juli 2016</p> <p>BR 1: 23. September 2016 BT 1.: 29. September 2016 BT 2/3.: 23. März 2017 BR 2: 31. März 2017</p> <p>Inkrafttreten:</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>ÖS II 1 (FF BMJV) / Datenblatt-Nr. 1807100</p> <p>Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates vom 24. Oktober 2008 zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Federführung BMJV).</p> <p>Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates der Europäischen Union. Dieser entspricht im Wesentlichen bereits durch § 129 des Strafgesetzbuches (StGB) dem Unionsrecht. Allerdings ist der Begriff der Vereinigung nach § 129 StGB in der Ausformung, die er durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs erfahren hat, enger als die Definition der Vereinigung in Artikel 1 des Rahmenbeschlusses. Der Gesetzentwurf sieht insoweit vor, den Begriff der Vereinigung in Anlehnung den Rahmenbeschluss 2008/841/JI legal zu definieren als einen auf längere Dauer angelegten, von einer Festlegung von Rollen der Mitglieder, der Kontinuität der Mitgliedschaft und der Ausprägung der Struktur unabhängigen organisierten Zusammenschluss von mehr als zwei Personen zur Verfolgung eines übergeordneten gemeinsamen Interesses. Zur sachgerechten Einschränkung der danach erheblich ausgeweiteten Vorfeldstrafbarkeit wird eine Beschränkung der Bezugstaten vorgeschlagen. Darüber hinaus ist eine Differenzierung der Strafdrohungen zwischen Gründung und Mitgliedschaft einerseits und Werbung und Unterstützung andererseits vorgesehen.</p>	<p>Kabinett: 14. Dezember 2016</p> <p>BR 1: 10. Februar 2017</p> <p>GÄ: 22. Februar 2017</p> <p>BT 1.: 9. März 2017</p> <p>BT 2/3.: 1. Juni 2017</p> <p>BR 2: 7. Juli 2017</p> <p>Inkrafttreten:</p>
<p>ÖS I 2 / Datenblatt-Nr. 1806073</p> <p>Dritte Verordnung zur Änderung der Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung</p> <p>Nach Art. 9 des Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2576) war die Anwendung bestimmter gesetzlicher Regelungen zur Terrorismusbekämpfung vor dem 10. Januar 2016 zu evaluieren. Die Evaluierung hat die Erkenntnisse aus vorausgegangenen Evaluierungen bestätigt, dass die gesetzlichen Regelungen sich weitgehend bewährt haben. Zu den näheren Verordnungsregelungen wurde weiterer Prüfbedarf gesehen. Dazu wurde vom Bundeskriminalamt eine aktuelle Gefährdungsbewertung eingeholt. Die Einstufung als lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung wurde unter Beteiligung der verantwortlichen Ressorts bzw. Organisationseinheiten überprüft. Mit der Verordnung sollen die Ergebnisse dieser Überprüfungen umgesetzt werden. Insbesondere im nichtöffentlichen Be-</p>	<p>Kabinett: 18. November 2015</p> <p>Inkrafttreten: 9. Januar 2016 (BGBl. I 2015 S. 2186)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>Inhalt / Begründung</p> <p>reich soll der Anwendungsbereich reduziert werden.</p>	
<p>ÖS I 4 / Datenblatt-Nr. 1806079</p> <p>Gesetz zu dem Vertrag vom 28. April 2015 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und zur Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung</p> <p>Der neue Polizeivertrag wird den derzeit geltenden deutsch-tschechischen Polizeivertrag vom 19. September 2000 ersetzen. Dieser stammt noch aus der Zeit vor dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik und bleibt in Teilen hinter dem zwischenzeitlich auch für die Tschechische Republik geltenden europäischen Rechtsrahmen und anderen bilateralen Polizeiverträgen der Bundesrepublik Deutschland zurück. Daher war eine Fortentwicklung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit erforderlich geworden.</p> <p>Das neue Abkommen schafft verbesserte rechtliche Grundlagen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Polizei- und Zollbehörden und ermöglicht eine verbesserte Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität</p>	<p>Kabinett: 16. Dezember 2015</p> <p>BR 1: 29. Januar 2016 BT 1.: 18. Februar 2016 BT 2./3.: 17. März 2016 BR 2: 22. April 2016</p> <p>Bekanntmachung: 14. Oktober 2016</p>
<p>ÖS I 2 / Datenblatt-Nr. 1806101</p> <p>Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus</p> <p>Bei der Aufklärung des transnational operierenden und vernetzten Terrorismus sind eine Vielzahl von Behörden - national und insbesondere auch international - tätig, deren Erkenntnisse zusammengeführt und übergreifend analysiert werden müssen. Dies wird durch zeitgemäßen IT-Einsatz mit der Einrichtung gemeinsamer Dateien unterstützt. Hierzu erhält das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) spezielle Befugnisse zur Einrichtung gemeinsamer Dateien mit Partnerdiensten. Zudem sollen bereits auf nationaler Ebene gemeinsame Projektdaten der Sicherheitsbehörden verlängert eingerichtet werden</p>	<p>Kabinett: 1. Juni 2016</p> <p>BT 1.: 10. Juni 2016 BR 1: 17. Juni 2016 GÄ: 22. Juni 2016 Abschluss-IN: 22. Juni 2016 BT 2./3.: 24. Juni 2016</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>können. Bei der Gelegenheit werden weitere Regelungen zur verbesserten Terrorismusbekämpfung aufgenommen.</p> <p>Kernregelungen sind insofern 1.) Gemeinsame Dateien BfV mit ausländischen Nachrichtendiensten, 2.) Verdeckte Ermittler für Bundespolizei zur Gefahrenabwehr und 3.) Prepaid-Identifizierung.</p> <p>Erfasst werden zudem neben strafrechtlichen Marginalien und über Koa-Ausschuss hinausgehend vom BK Amt bei-getragen Restanten aus dessen BNDG-Änderungsverfahren.</p> <p>Zur Prepaid-Regelung laufen noch Gespräche zwischen BMI und BMWi vornehmlich zum Identifizierungsverfahren.</p> <p>Zu Gemeinsamen Dateien und Verdeckten Ermittlern sind Streitpunkte verblieben, die unterhalb Leitungsebene nicht verhandelbar sind.</p>	<p>BR 2: 8. Juli 2016</p> <p>Inkrafttreten: 30. Juli 2016 (BGBl I 2016 S. 1818)</p>
<p>ÖS I 4 / Datenblatt-Nr. 1806102</p> <p>Gesetz zu dem Protokoll vom 7. April 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den grenzüberschreitenden Einsatz von Luftfahrzeugen zur Ergänzung des Abkommens vom 9. Oktober 1997 über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten</p> <p>Mit dem bilateralen Protokoll werden die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass bei grenzüberschreitender Nacheile und Observation oder bei sonstigen abgestimmten Einsatzmaßnahmen auch Luftfahrzeuge der Polizeibehörden eingesetzt werden können.</p>	<p>Kabinett: 31. August 2016</p> <p>BR 1: 14. Oktober 2016 BT 1.: 20. Oktober 2016 Abschluss IN: 30. November 2016 BT 2./3.: 1. Dezember 2016 BR 2: 10. Februar 2017</p> <p>Inkrafttreten: Juni 2017</p>
<p>ÖS II 1 / Datenblatt-Nr. 180610</p> <p>Gesetz zu dem Abkommen vom 22. März 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Serbien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich</p>	<p>Kabinett: 13. Juli 2016</p> <p>BR 1: 23. September 2016</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mit der Regierung der Republik Serbien ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich unterzeichnet. Ziel des Abkommens ist es, die Wirksamkeit der deutsch-serbischen Zusammenarbeit bei der Verhütung, der Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten der organisierten und schweren Kriminalität zu steigern und dadurch die innere Sicherheit in beiden Staaten zu erhöhen.</p>	<p>BT 1.: 29. September 2016 BT 2./3.: 11. November 2016 BR 2: 16. Dezember 2016</p> <p>Inkrafttreten: 13. Januar 2017 (BGBl. II 2017 S. 16)</p>
<p>ÖS II 1 / Datenblatt-Nr. 1806109</p> <p>Gesetz zu dem Abkommen vom 31. Mai 2013 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerrat der Republik Albanien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich.</p> <p>Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mit dem Ministerrat der Republik Albanien ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich unterzeichnet. Ziel des Abkommens ist es, die Wirksamkeit der deutsch-albanischen Zusammenarbeit bei der Verhütung, der Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten der organisierten und schweren Kriminalität sowie des Terrorismus zu steigern und dadurch die innere Sicherheit in beiden Staaten zu erhöhen.</p>	<p>Kabinett: 13. Juli 2016</p> <p>BR 1: 23. September 2016 BT 1.: 29. September 2016 BT 2./3.: 11. November 2016 BR 2: 16. Dezember 2016</p> <p>Inkrafttreten: 13. Januar 2017 (BGBl. II 2017 S. 2)</p>
<p>ÖS II 1 / Datenblatt-Nr. 1806110</p> <p>Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Juli 2014 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich.</p> <p>Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mit der Regierung von Georgien ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich unterzeichnet. Ziel des Abkommens ist es, die Wirksamkeit der deutsch-georgischen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung</p>	<p>Kabinett: 13. Juli 2016</p> <p>BR 1: 23. September 2016 BT 1.: 29. September 2016 BT 2./3.: 11. November 2016 BR 2: 16. Dezember 2016</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
zu steigern und dadurch die innere Sicherheit in beiden Staaten zu erhöhen.	Inkrafttreten: 13. Januar 2017 (BGBl. II 2017 S. 10)
<p>ÖS I 3 / Datenblatt-Nr. 1806130</p> <p>Gesetz über die Verarbeitung von Fluggastdaten zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/681 (Fluggastdatengesetz, FlugDaG)</p> <p>Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/681 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zur Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität („Richtlinie (EU) 2016/681“). Der Gesetzentwurf sieht eine verpflichtende Übermittlung von Fluggastdaten für internationale Flüge (Drittstaaten + EU) durch Luftfahrtunternehmen und andere Unternehmen an eine beim BKA einzurichtende Fluggastdatenzentralstelle vor.</p>	<p>Kabinett: 15. Februar 2017</p> <p>BR 1: 31. März 2017 GÄ: 12. April 2017 BT 1.: 23. März 2017 Abschluss IN: 26. April 2017 BT 2./3.: 18. Mai 2017 BR 2: 2. Juni 2017</p> <p>Inkrafttreten: 10. Juni 2017 (BGBl. I 2017 S. 1484)</p> <p>BR-Zustimmung ist nicht erforderlich.</p>
<p>ÖS I 3 / Datenblatt-Nr. 1806120</p> <p>Gesetz zur Neustrukturierung des Bundeskriminalamtgesetzes</p> <p>Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 20. April 2016, Az. 1 BvR 966/09 und 1 BvR 1140/09, der Richtlinie (EU) 2016/680 vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung perso-</p>	<p>Kabinett: 1. Februar 2017</p> <p>BR 1: 10. März 2017 GÄ: 22. März 2017</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>nenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates und der Modernisierung der Zentralstellenfunktion des Bundeskriminalamts.</p> <p>Die Harmonisierung und Standardisierung im EU-Kontext zur Verbesserung des Informationsflusses wird durch die Gleichstellung der EU-internen Übermittlungen mit innerstaatlichen Übermittlungen zur Erreichung des unionsrechtlich vorgegebenen Ziels, den freien Datenverkehr auch im Bereich Polizei und Justiz zu erleichtern, die Überarbeitung der Regelungen zur Datenübermittlung an Stellen in Drittstaaten und die neue Systematisierung und Präzisierung der Einschränkungen der Übermittlungsbefugnisse gefördert.</p> <p>Die Zentralstellenfunktion des Bundeskriminalamtes wird u.a. nach dem Vorbild Europol's modernisiert, indem die Rolle als zentraler Dienstleister der Polizeien des Bundes und der Länder durch die Entwicklung von technischen und organisatorischen Vorkehrungen zur Umsetzung von Datenschutzgründen für die Polizeien, die Bildung von Kompetenzzentren für operative informationstechnische Systeme und Infrastrukturen, Einsatztechniken, Einsatzmethoden und technische Einsatzmittel, die Schaffung der Voraussetzungen für eine Modernisierung der IT des Bundeskriminalamtes nach dem Grundsatz der Interoperabilität und die Öffnung des Direktverkehrs mit dem Ausland für die Polizeien des Bundes und Länder gestärkt. Die hohe Gefährdungslage gebietet zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor terroristischen Anschlägen, die zu deren Abwehr notwendigen Befugnisse unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts schnellstmöglich rechtssicher auszugestalten und die Kompetenzen des Bundeskriminalamtes dort, wo es zur Schließung von Sicherheitslücken notwendig ist, moderat auszubauen. Der Gesetzentwurf sieht daher eine moderate Erweiterung der Kompetenzen des Bundeskriminalamtes vor. Hierzu schafft er die Möglichkeit des Bundeskriminalamtes, Postbeschlagnahmen zur Gefahrenabwehr, Ausschreibungen zu gezielten Kontrollen im präventiven und repressiven Bereich und Ausschreibungen aufgrund von Warnmeldungen anderer Staaten vorzunehmen.</p> <p>Der Gesetzentwurf sieht für das Bundeskriminalamt ferner eine originäre Ermittlungskompetenz im Bereich der Spionagebekämpfung und damit eng zusammenhängender Delikte vor</p>	<p>BT 1.: 17. Februar 2017 BT 2./3.: 27. April 2017 BR 2: 12. Mai 2017</p> <p>Inkrafttreten: 15. Mai 2018 Artikel 2 (Vorschriften zur elektronischen Fußfessel) tritt am 9. Juni 2017 in Kraft. (BGBl. I 2017 S. 1354)</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>ÖS II 1 / Datenblatt-Nr. 1806136</p> <p>Gesetz zu dem Abkommen vom 11. Juli 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich</p> <p>Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mit der Regierung der Arabischen Republik Ägypten ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich unterzeichnet. Ziel des Abkommens ist es, die Wirksamkeit der deutsch-ägyptischen Zusammenarbeit bei der Verhütung, der Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten der organisierten Kriminalität und des Terrorismus zu steigern und dadurch die innere Sicherheit in beiden Staaten zu erhöhen.</p>	<p>Kabinett: 18. Januar 2017</p> <p>BR 1: 10. März 2017 BT 1.: 23. März 2017 Abschluss IN: 29. März 2017 BT 2./3.: 27. April 2017 BR 2: 12. Mai 2017</p> <p>Inkrafttreten: 31. Mai 2017 (BGBl. II 2017 S. 548)</p>
<p>ÖS II 1 / Datenblatt-Nr. 1806137</p> <p>Gesetz zu dem Abkommen vom 26. September 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich</p> <p>Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mit der Regierung der Tunesischen Republik ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich unterzeichnet. Ziel des Abkommens ist es, die Wirksamkeit der deutsch-tunesischen Zusammenarbeit bei der Verhütung, der Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten der organisierten Kriminalität und des Terrorismus zu steigern und dadurch die innere Sicherheit in beiden Staaten zu erhöhen.</p>	<p>Kabinett: 18. Januar 2017</p> <p>BR 1: 10. März 2017 BT 1.: 23. März 2017 Abschluss IN: 29. März 2017 BT 2./3.: 27. April 2017 BR 2: 12. Mai 2017</p> <p>Inkrafttreten: 31. Mai 2017</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
	(BGBl. II 2017 S. 538)
<p>ÖS II 5 / Datenblatt-Nr. 1806138</p> <p>Erstes Gesetz zur Änderung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes</p> <p>Aktualisierung nach mehr als 22 Jahren</p> <p>Transparentere Gestaltung und Vereinfachung des Sicherheitsüberprüfungsverfahrens</p> <p>Stärkung des materiellen Geheimschutzes durch Aufnahme grundsätzlicher Vorgaben zum materiellen Schutz von Verschlusssachen</p>	<p>Kabinett: 21. Dezember 2016</p> <p>BR 1: 10. Februar 2017</p> <p>GÄ: 8. März 2017</p> <p>BT 1.: 9. März 2017</p> <p>Abschluss-IN: 22. März 2017</p> <p>BT 2./3.: 30. März 2017</p> <p>BR 2: 12. Mai 2017</p> <p>Inkrafttreten: 21. Juni 2017</p> <p>(BGBl. I 2017 S. 1634)</p>
<p>ÖS I 4 / Datenblatt-Nr. 1806148</p> <p>Erstes Gesetz zur Änderung des Europol-Gesetzes</p> <p>Am 11. Mai 2016 wurde die Europol-Verordnung (EU) 2016/794 verabschiedet. Die Verordnung tritt am 1. Mai 2017 in Kraft und hebt u.a. den geltenden Europol-Ratsbeschluss 2009/371/JI auf. Dies bedingt eine Anpassung des Europol-Gesetzes.</p>	<p>Kabinett: 8. Februar 2017</p> <p>BR 1: 31. März 2017</p> <p>BT 1.: 24. März 2017</p> <p>GÄ: 12. April 2017</p> <p>Abschluss IN: 26. April 2017</p> <p>BT 2./3.: 27. April 2017</p> <p>BR 2: 12. Mai 2017</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
	Inkrafttreten: 30. Juni 2017 (BGBl. I 2017 S. 1882)
Abteilung M	
M I 4 / Datenblatt-Nr. 1806011 Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer Die Staaten <u>Bosnien-Herzegowina</u> , Serbien und <u>Mazedonien</u> werden als sichere Herkunftsstaaten nach § 29a des Asylverfahrensgesetzes (jetzt: Asylgesetz) eingestuft, um Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten und - im Anschluss an eine negative Entscheidung über den Asylantrag - den Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können. Der Gesetzentwurf ist um den im Koalitionsvertrag vorgesehenen erweiterten Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber und Geduldete ergänzt worden.	Kabinett: 30. April 2014 GE wurde am 19. September 2014 vom BR verabschiedet. Inkrafttreten: 6. November 2014 (BGBl. I 2014 S. 1649)
M I 1 / Datenblatt-Nr. 1806020 Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften Mit dem Gesetzentwurf werden diejenigen Vorschläge des St.-Ausschusses zur Entlastung betroffener Kommunen sowie zur Unterbindung von Missbrauch umgesetzt, die gesetzlicher Änderungen bedürfen. Dies betrifft Änderungen im Freizügigkeitsgesetz/EU, Einkommenssteuergesetz, im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, im Sozialgesetzbuch II sowie im Sozialgesetzbuch V. Im Zuständigkeitsbereich von BMI sind folgende Änderungen im Freizügigkeitsgesetz/EU vorgesehen: In Umsetzung von	Kabinett: 27. August 2014 BT 1: 25. September 2014 BR 1: 10. Oktober 2014 BT 2./3.: 14. November 2014 BR 2: 28. November 2014

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>Unionsrecht in seiner Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof soll das Aufenthaltsrecht von Unionsbürgern zur Arbeitssuche befristet werden. Zudem werden befristete Wiedereinreisesperren im Fall von Rechtsmissbrauch oder Betrug eingeführt. Schließlich wird eine Strafnorm in das Freizügigkeitsgesetz/EU übernommen, wonach die Beschaffung einer Aufenthaltskarte oder einer anderen Aufenthaltsbescheinigung nach diesem Gesetz durch unrichtige oder unvollständige Angaben unter Strafe gestellt wird.</p>	<p>Inkrafttreten: 8. Dezember 2014 (BGBl. I 2014 S. 1922)</p>
<p>M I 3 / Datenblatt-Nr. 1806019</p> <p>Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer alters- und stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung für nachhaltig integrierte Geduldete, • Verbesserungen im humanitären Aufenthaltsrecht, z. B. für Resettlementflüchtlinge und Opfer von Menschenhandel, • Überarbeitung und Modernisierung des Rechts der Aufenthaltsbeendigung, inklusive Neuordnung des Ausweisungsrechts. 	<p>Kabinett: 3. Dezember 2014,</p> <p>BR 1: 6. Februar 2015, Kabinett - GÄ: 4. März 2015, BT 1.: 6. März 2015, BT 2./3.: 2. Juli 2015, Abschl. IN: 20. Mai 2015, BR 2: 10. Juli 2015</p> <p>In Kraft getreten: 1. August 2015 (BGBl. I 2015 S. 1386)</p>
<p>M 3 / Datenblatt-Nr. 1806143</p> <p>Richtlinienumsetzungsgesetz 2016 - Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zur Arbeitsmigration</p> <p>Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der folgenden Richtlinien in das innerstaatliche Recht:</p> <p>1. Richtlinie 2014/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die</p>	<p>Kabinett: 11. Januar 2017</p> <p>BR 1: 10. Februar 2017 GÄ: 15. Februar 2017 BT 1.: 17. Februar 2017</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer (Saisonarbeitnehmerrichtlinie);</p> <p>2. Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers (ICT-Richtlinie);</p> <p>3. Richtlinie 2016/801/EU über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit (REST-Richtlinie)</p>	<p>BT 2./3.: 10. März 2017</p> <p>BR 2: 31. März 2017</p> <p>Inkrafttreten: 1. August 2017</p> <p>BGBI. I 2017 S. 1106)</p> <p>BR-Zustimmung erforderlich</p>
<p>M II 5 / Datenblatt-Nr. 1806049</p> <p>Gesetz zum Abschluss der Unterstützungsleistungen an ehemalige politische Häftlinge (HHG) und zur Bereinigung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG)</p> <p>Einstellung der Unterstützungsleistungen nach HHG durch Einmalzahlung an rd. 4.500 Antragstellern in 2016 (einmalige Mehrkosten i. H. v. voraussichtlich 11,5 Mio. €), derzeitiges jährliches Gesamtvolumen: ca. 2 Mio. €</p> <p>u. a. Streichung der überholten Übergangsregelung des § 100a Abs. 1 BVFG</p>	<p>Verbändebeteiligung: 16. Januar 2015</p> <p>Kabinett: 11. Februar 2015</p> <p>BR 1: 27. März 2015</p> <p>BT 1.: 23. April 2015</p> <p>Abschluss IN: 1. Juli 2015,</p> <p>BT 2./3.: 2. Juli 2015</p> <p>BR 2: 25. September 2015</p> <p>Inkrafttreten: 12. November 2015 (BGBI I 2015, S. 1922)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>M I 6 / Datenblatt-Nr. 1806001</p> <p>Zehnte Verordnung zur Änderung der Aufenthaltsverordnung</p> <p>Mit Urteil vom 19. März 2013 (Az. 1 C 12.12) hat das Bundesverwaltungsgericht unter Berufung auf die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union entschieden, dass die Gebühren, die von einem assoziationsberechtigten türkischen Arbeitnehmer für Aufenthaltsdokumente erhoben worden waren, nicht mit dem Assoziationsrecht EU-Türkei (Abkommen vom 12. September 1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei, BGBl. 1964 II S. 509) zu vereinbaren sind, weil sie im Vergleich zu entsprechenden Gebühren für Unionsbürger unverhältnismäßig hoch sind. Die Gebührenregelungen der Aufenthaltsverordnung sehen bislang keine Differenzierung zwischen Personen, die sich auf die assoziationsrechtlichen Regelungen berufen können, und sonstigen Drittstaatsangehörigen vor. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts macht daher eine entsprechende Anpassung der Gebührenregelungen in der Aufenthaltsverordnung notwendig.</p>	<p>Kabinett: 26. Februar 2014</p> <p>Inkrafttreten: 10. Mai 2014 (BGBl. I 2014 S. 451)</p>
<p>M I 3</p> <p>Elfte Verordnung zur Änderung der Aufenthaltsverordnung</p> <p>Mit der Änderungsverordnung wird die Berechnungsweise eines Kurzeitaufenthalts im nationalen Recht an die schengenrechtlichen Regelungen angepasst, indem die monatsweise durch eine tageweise Berechnung ersetzt wird. Zur Klarstellung der Rechtslage werden Brasilien und El Salvador in die Liste des § 41 Abs. 2 der Aufenthaltsverordnung aufgenommen. Ferner werden zur Umsetzung von Verträgen der Europäischen Union mit Armenien und Aserbeidschan Diplomatenpassinhaber der beiden Staaten in die Liste der von der Visumpflicht für Kurzeitaufenthalte befreiten Personen aufgenommen. Die Inhaber biometrischer Officialpässe von Katar werden auf Grund eines bilateralen Abkommens ebenfalls von der Visumpflicht für Kurzeitaufenthalte befreit.</p>	<p>BR: 27. März 2015</p> <p>Inkrafttreten: 22. April 2015 (BGBl. I 2015 S. 599)</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>M I 1 / Datenblatt-Nr. 1806072</p> <p>AVV zum Freizügigkeitsgesetz/EU</p> <p>Durch Änderungsgesetze vom 21. Januar 2013 sowie vom 2. Dezember 2014 sind weitreichende Novellierungen im FreizügG/EU vorgenommen worden, die eine Anpassung/Neufassung der AVV erforderlich machen.</p> <p>Wichtige aufzunehmende Änderungen sind u. a. die Abschaffung der Freizügigkeitsbescheinigung für Unionsbürger, die Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten, die Möglichkeit der Feststellung des Nichtbestehens des Freizügigkeitsrechts im Fall von Rechtsmissbrauch oder Betrug und die daraus resultierende Möglichkeit befristeter Verbote von Einreise und Aufenthalt sowie die Begrenzung des Aufenthaltsrechts zur Arbeitssuche auf grundsätzlich sechs Monate. Das Inkrafttreten ist für Ende 2015 geplant.</p>	<p>Kabinett: 4. November 2015</p> <p>BR: 18. Dezember 2015</p> <p>Mitteilung an KOM: Januar 2016</p>
<p>M 4 / Datenblatt-Nr. 1806075</p> <p>Gesetz zur Asylverfahrensbeschleunigung</p> <p>Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz trifft u. a. Regelungen zur Beschleunigung und Vereinfachung des Asylverfahrens und von Rückführungen, zur Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, zu Standardabweichungen im Bauplanungsrecht und weiteren Bereichen, zur Verbesserung der Integration anerkannter Flüchtlinge und von Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive, zur finanziellen Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie Regelungen zur legalen Migration.</p> <p>Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt.</p>	<p>Kabinett: 29. September 2015</p> <p>BR 1: 1. Oktober 2015</p> <p>BT 1.: 2. Oktober 2015</p> <p>Anhörung: 12. Oktober 2015</p> <p>Abschluss IN: 14. Oktober 2015</p> <p>BT 2./3.: 15. Oktober 2015</p> <p>BR 2: 16. Oktober 2015</p> <p>Inkrafttreten: 24. Oktober 2015 (BGBl. I 2015, S. 1722)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>PG AFA / Datenblatt-Nr. 1806076</p> <p>Verordnung zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz</p> <p>Für Asylbewerber und Geduldete wird der Zugang zum Arbeitsmarkt insbesondere durch Regelungen zum Leiharbeitsverbot erleichtert.</p> <p>Für Angehörige der Staaten des Westbalkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien) wird die Möglichkeit zur legalen Migration aus dem Herkunftsland zur Arbeitsaufnahme in Deutschland zeitlich befristet erweitert.</p> <p>Die Änderung der Integrationskursverordnung dient einem vereinfachten Fahrtkostenerstattungsverfahren, um den bestehenden Verwaltungsaufwand zu reduzieren.</p> <p>In eng begrenztem und klar umrissenem Umfang werden punktuelle Erleichterungen in den Regelungen, die energetische Anforderungen an Wärmeschutz bzw. Anlagentechnik im Gebäude vorsehen (Energieeinsparverordnung), vorgenommen. Diese dienen der Erleichterung des Vollzuges durch die zuständigen Landesbehörden.</p> <p>Mit der Änderung der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte wird eine neue Ermächtigungsregelung geschaffen. Damit sollen die Zulassungsausschüsse über die bestehenden Ermächtigungsmöglichkeiten hinaus verpflichtet werden, geeignete Ärzte, Psychotherapeuten und spezielle Einrichtungen wie psychosoziale Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer für die ambulante psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, zu ermächtigen.</p>	<p>Kabinett: 29. September 2015</p> <p>BR 1: 16. Oktober 2015</p> <p>Inkrafttreten: 28. Oktober 2015 (BGBl. I 2015, S. 1789)</p>
<p>M I 3 / Datenblatt-Nr. 1806077</p> <p>Verordnung zur Änderung der Aufenthaltsverordnung und der AZRG-Durchführungsverordnung</p> <p>Der Verordnungsentwurf dient in erster Linie der Anpassung der Aufenthaltsverordnung an die Reform des Bleiberechts und des Ausweisungs- und Abschiebungsrechts durch das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbe-</p>	<p>Kabinett: 4. November 2015</p> <p>BR 1: 18. Dezember 2015</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>endigung. Durch das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung ergibt sich zudem geringfügiger Änderungsbedarf in der Verordnung zur Durchführung des Ausländerzentralregisters. Schließlich dient der Entwurf der Schaffung von Rechtsklarheit.</p>	<p>Inkrafttreten: 29. Dezember 2015 (BGBl I 2015 S. 2467)</p>
<p>M I 4 / Datenblatt-Nr. 1806080</p> <p>Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren (Asylpaket II)</p> <p>Mit dem „Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“ werden beschleunigte Asylverfahren in besonderen Erstaufnahmeeinrichtungen eingeführt, der Familiennachzug zu subsidiär Geschützten wird beschränkt und Rückführungshindernisse werden abgebaut.</p>	<p>Kabinett: 3. Februar 2016</p> <p>BT 1.: 19. Februar 2016 BT 2./3.: 25. Februar 2016 BR 2: 26. Februar 2016</p> <p>Inkrafttreten: 17. März 2016 (BGBl I 2016 S. 390)</p>
<p>M I 6 / Datenblatt-Nr. 1806081</p> <p>Gesetz zur Verbesserung des Datenaustausches zwischen den am Asylverfahren beteiligten Behörden (Datenaustauschverbesserungsgesetz)</p> <p>Das Datenaustauschverbesserungsgesetz regelt die Erweiterung des Datenkranzes und der Nutzungsrechte des Ausländerzentralregisters, die Vorverlagerung des Registrierungszeitpunkts bei Asylsuchenden und die Einführung eines visualisierten Nachweises der erfolgten Registrierung eines Asylsuchenden (Ankunftsnachweis).</p>	<p>Kabinett: 9. Dezember 2015</p> <p>BR 1: 18. Dezember 2015 BT 1.: 13. Januar 2016 GÄ: 6. Januar 2016 Anhörung-IN: Januar 2016 Abschluss-IN: Januar 2016 BT 2./3.: 14. Januar 2016 BR 2: 29. Januar 2016</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
	Inkrafttreten: 5. Februar 2016 (BGBl. I 2016 S. 130)
M I 6 / V 9100 - Ministerverordnung ohne Kabinettbeteiligung Verordnung über die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (Ankunftsnachweis) (Ankunftsnachweisverordnung - AKNV) Das Datenaustauschverbesserungsgesetz regelt u. a. die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (Ankunftsnachweis) gemäß § 63a des Asylgesetzes neu. Die weiteren Festlegungen, so vor allem das Vordruckmuster und die Ausstellungsmodalitäten sowie für die Qualitätssicherung der erkennungsdienstlichen Behandlung sind im Verordnungswege zu regeln und Inhalt der Ankunftsnachweisverordnung.	Ressortabstimmung: Dezember 2015 BR 1: 29. Januar 2016 Inkrafttreten: 6. Februar 2016 (BGBl. I 2016 S. 162)
M I 3 / Datenblatt-Nr. 1806086 Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern Das Ausweisungsrecht wird verschärft mit dem Ziel, die Ausweisung krimineller Ausländer zu erleichtern. Einem Asylbewerber, der in DE Straftaten begeht, soll konsequenter als bisher die Anerkennung als Flüchtling versagt werden. Ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse soll künftig schon dann vorliegen, wenn der Ausländer wegen Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt worden ist. Voraussetzung ist ferner, dass diese Straftaten mit Gewalt oder unter Anwendung von Drohungen mit Gefahr für Leib oder Leben oder mit List begangen wurden. Ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse wird unterstellt, wenn ein Ausländer wegen einer der vorangegangenen Straftaten und Tatmodalitäten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt	Kabinett: 27. Januar 2016 BT 1.: 19. Februar 2016 BR 1: 26. Februar 2016 BT 2./3.: 25. Februar 2016 BR 2: 26. Februar 2016 Inkrafttreten: 17. März 2016 (BGBl. I 2016 S. 394)

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung wird. Dies gilt auch dann, wenn die Freiheits- oder Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde.	
<p>M 5</p> <p>Vierzehnte Verordnung zur Änderung der Aufenthaltsverordnung</p> <p>Am 1. November 2011 wurde ein standardisierter elektronischer Datenaustausch zwischen den Ausländerbehörden untereinander gestartet. Voraussetzung für den gemeinsamen Datenaustausch ist ein gemeinsamer Standard. Für die gesamte öffentliche Verwaltung im Bundesgebiet wurden deshalb die so genannten XÖV-Standards entwickelt. Alle XÖV-Projekte haben das Ziel, in ihrem Wirkungsbereich einen Standard zu entwickeln, der eine bessere ebenen- und fachübergreifende Interoperabilität im elektronischen Datenaustausch innerhalb der öffentlichen Verwaltung zulässt und die Datenqualität deutlich erhöht. Dadurch soll auch der Austausch von Daten zwischen den Behörden erleichtert, die Neuerfassung von Daten deutlich reduziert und die Weiterverwendung empfangener Daten in den eigenen Fachanwendungen technisch ermöglicht werden. Hiervon ist insbesondere im Ausländerrecht der Datenaustausch zwischen den Meldebehörden und den Ausländerbehörden betroffen. Die Anpassung im Aufenthaltsrecht stellt sicher, dass nur solche Daten ausgetauscht werden, die für ausländerrechtliche Maßnahmen entscheidend sind.</p>	<p>Inkrafttreten: 1. Februar 2017 (BGBl I 2016 S. 3074)</p>
<p>FF BMAS / Datenblatt-Nr. 1811006 / BMI, AG M 4 / GZ 2</p> <p>Integrationsgesetz</p> <p>Das Gesetz orientiert sich an den Grundsätzen des Förderns und Forderns. Ziel des Gesetzes ist es, die Integration der zu uns gekommenen Menschen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt durch staatliche Maßnahmen zur fördern und zugleich von ihnen Eigenbemühungen einzufordern. Deshalb sind verbesserte Regeln für die Ausbildungsförderung, Rechtssicherheit bzgl. des Aufenthaltsstatus während und nach der Ausbildung, die befristete Aussetzung der Vorrangprüfung abhängig von der Arbeitsmarktsituation, eine niedrigschwellige Heranführung an den Arbeitsmarkt durch Flüchtlingsintegrationsmaßnah-</p>	<p>Kabinett: 25. Mai 2016</p> <p>BR 1: 17. Juni 2016 BT 1.: 23. Juni 2016 BT 2./3.: 7. Juli 2016 BR 2: 7. Juli 2016</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
men sowie eine Wohnsitzzuweisung und Verpflichtungen zur Mitwirkung bei der Integration wesentliche Punkte des Gesetzes. Sie sind wichtige Bausteine zur Integration von Flüchtlingen in Deutschland. Die neuen Regeln beseitigen unnötige bürokratische Hürden und verbessern die Voraussetzungen dafür, dass Zugezogene in unserem Land schnell auf eigenen Beinen stehen können.	Inkrafttreten: 6. August 2016 (BGBl. I 2016 S. 1939)
FF BMAS / BMI, AG M 4 Verordnung zum Integrationsgesetz	Kabinett: 25. Mai 2016 Inkrafttreten: 6. August 2016 (BGBl. I 2016 S. 1950)
M 3 / Datenblatt-Nr. 1806144 Verordnung zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zur Arbeitsmigration Inhaltlich zusammengehörig mit Richtlinienumsetzungsgesetz. Enthält Änderungen von AufenthV und BeschV.	Kabinett: 11. Januar 2017 BR 1: 10. März 2017 Kabinett n. M.: 3. Mai 2017 Inkrafttreten: vorauss. September 2017 BR-Zustimmung ist erforderlich
M 3 / Datenblatt-Nr. 1806152 Gesetz zur Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen Die missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung zum Zweck der Erlangung eines Aufenthaltstitels oder der deutschen Staatsangehörigkeit soll verhindert und Bereinigungen sollen vorgenommen werden, die infolge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Dezember 2013 zur behördlichen Vaterschaftsanfechtung erforderlich sind.	Kabinett: 29. März 2017 BR 1: 12. Mai 2017 BT 1.: 27. April 2017 BT 2./3.: 1. Juni 2017

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
	BR 2: 7. Juli 2017
M 3 / Datenblatt-Nr. 1806156 Gesetz zur Änderung gebührenrechtlicher Regelungen im Aufenthaltsrecht Das Gesetzgebungsvorhaben dient der Umsetzung der Ergebnisse eines Projekts von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Evaluation und Messung der bislang im Ausländerrecht geltenden Gebühren. Um künftig die Gebühren im Ausländerrecht so festlegen zu können, dass sie in ihrer Höhe einerseits die für die jeweiligen Leistungen anfallenden Kosten decken und andererseits die Gebührenschuldner nur im erforderlichen Ausmaß belasten, ist eine Änderung der §§ 69, 70 Aufenthaltsgesetz erforderlich. Die vorgesehenen Änderungen der Verordnungsermächtigung dienen dazu, die gesetzlichen Voraussetzungen für den VO-Geber zu schaffen, notwendige Anpassungen der im Ausländerecht geltenden Gebühren in der Aufenthaltsverordnung vornehmen zu können. Die für den VO-Geber geltenden Gebührenhöchstgrenzen (§ 69 AufenthG) werden punktuell erhöht. Ebenfalls dient das Vorhaben dazu, die gebührenrechtlichen Regelungen des Aufenthaltsgesetzes mit dem Bundesgebührengesetz, das seit dem 15. August 2013 in Kraft getreten ist, zu harmonisieren. Danach soll auch bei den Gebühren im Ausländerrecht nunmehr das Kostendeckungsgebot gesetzlich verankert werden.	Kabinett: 29. März 2017 BR 1: 12. Mai 2017 BT 1.: 27. April 2017 Abschluss IN: 17. Mai 2017 GÄ: 31. Mai 2017 BT 2./3.: 1. Juni 2017 BR 2: 7. Juli 2017 Inkrafttreten: 1. September 2017
Abteilung IT	
IT II 2 / Datenblatt-Nr. 1806082 Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-KritisV) Mit der BSI-KritisV wird bestimmt, welche Anlagen, Einrichtungen oder Teile davon in den in den Sektoren IKT, Ernährung, Wasser, Energie, Gesundheit, Transport und Verkehr sowie Finanz- und Versicherungswesen als kritische Infrastrukturen i. S. d. BSI-Gesetzes gelten. Die Bestimmung erfolgt unter Festlegung der als kritisch anzusehenden Dienstleistungen und	Wegen der hohen Komplexität und unterschiedlicher Aufarbeitungsstände in den Sektoren wird die Verordnung in zwei Schritten

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>Inhalt / Begründung</p> <p>deren als bedeutend anzusehender Versorgungsgrad. Der Versorgungsgrad ist anhand von branchenspezifischen Schwellenwerten für jede kritische Dienstleistung im jeweiligen Sektor zu bestimmen.</p> <p>Wegen der hohen Komplexität und unterschiedlicher Aufarbeitungsstände in den Sektoren wird die Verordnung in zwei Schritten erlassen.</p> <p>Im ersten Korb werden die Sektoren IKT, Energie, Ernährung und Wasser abgebildet.</p> <p>Die Sektoren Finanzen, Transport & Verkehr und Gesundheit werden im Frühjahr 2017 per Änderungsverordnung eingebracht.</p> <p>Die Verordnung wird vom BMI nach Anhörung von Wissenschaftsvertretern, betroffenen Betreiber und Wirtschaftsverbänden im Einvernehmen mit dem BMWi, dem BMJV, dem BMF, dem BMAS, dem BMEL, dem BMG, dem BMVI, dem BMVg und dem BMUB erlassen. Die Verordnung bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates.</p> <p><u>Ziel:</u></p> <p>Verankerung eines Grundschutzes an IT-Sicherheit in allen Bereichen der Kritischen Infrastrukturen; d. h. umfassende Einbeziehung aller versorgungsrelevanten Dienstleistungen in den gesetzlich vorgegebenen 7 Sektoren.</p>	<p>erlassen. Für die Sektoren IKT, Energie, Ernährung, Wasser ist sie am 03.05.16 in Kraft getreten. Für die weiteren Sektoren Finanzen, Transport & Verkehr sowie, Gesundheit sind für Ende April 2017 vorgesehen.</p> <p>Die Ermächtigungsgrundlage zum Erlass der Verordnung sieht keine Zustimmungsbedürftigkeit BRat vor.</p> <p>Kabinett: 13. April 2016</p> <p>Inkrafttreten: 3. Mai 2016 (BGBl. I 2016 S. 958)</p>
<p>IT I 4 / Datenblatt-Nr. 1806042</p> <p>Gesetz zur Änderung des Personalausweisgesetzes zur Einführung eines Ersatz-Personalausweises und Änderung des Passgesetzes</p> <p><u>Der GE sieht vor:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines Ersatz-Personalausweises, 	<p>Kabinett: 14. Januar 2015,</p> <p>aufgrund Paralleleinbringung durch Fraktion BT 1.: 19. März 2015,</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines Entziehungstatbestandes für den Personalausweis, • Schaffung eines gesetzlichen Ungültigkeitsgrundes der Dokumente bei Vorliegen von Passversagungsgründen im Passgesetz und Personalausweisgesetz. <p>Gesetzliche Anordnung der sofortigen Vollziehung gegen bestimmte pass- und ausweisrechtliche Maßnahmen.</p>	<p>Innenausschuss Beschlussfassung einer öffentlichen Anhörung. 4. Februar 2015, BR 1: 6. März 2015, BReg GÄ: 11. März 2015, Ausschüsse (Ff.: Innenausschuss) Anhörung: 16. März 2015 BT-IN: 22. April 2015 BT 2./3.: 23./24. April 2015, BR 2: 8. Mai .2015,</p> <p>Inkrafttreten: 30. Juni 2015 (BGBl. I 2015 S 970)</p>
<p>IT II 1 / Datenblatt-Nr. 1806041</p> <p>Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz)</p> <p>Ein zentrales Vorhaben des BMI hierbei ist das IT-Sicherheitsgesetz. Über die im Koalitionsvertrag für ein solches Gesetz vereinbarten Mindestanforderungen an die IT-Sicherheit für Kritische Infrastrukturen und die Verpflichtung zur Meldung erheblicher IT-Sicherheitsvorfälle hinaus nimmt der Referentenentwurf des BMI die Sicherheit der Systeme und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger generell in den Blick. Zudem sollen BSI und BKA gestärkt werden.</p>	<p>Kabinett: 17. Dezember 2014</p> <p>BT 1.: 20. März 2015 BT 2./3.: 12. Juni 2015 BR 2: 10. Juli 2015</p> <p>In Kraft getreten: 25. Juli 2015 (BGBl. I 2015 S. 1324)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>IT I 4</p> <p>Verordnung zur Änderung der Personalausweisverordnung, der Personalausweisgebührenverordnung und der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung</p> <p>Mit dem Gesetz zur Änderung des Personalausweisgesetzes zur Einführung eines Ersatz-Personalausweises und zur Änderung des Passgesetzes wird ein neuer Ausweis eingeführt, der für bestimmte Personen des extremistisch terroristischen Spektrums ausgestellt werden kann, um deren staatsschutzrelevante Reisebewegungen zu unterbinden. Deshalb sind mit Umsetzungsbestimmungen das Ausweismuster, der Gebührentatbestand sowie das automatisierte Abrufverfahren zur Anmeldung und das Rückmeldeverfahren im Meldewesen für den Verwaltungsvollzug näher zu regeln.</p>	<p>Kabinett:</p> <p>BT: 12. Juni 2015</p> <p>Inkrafttreten: 9. Juli 2015 (BGBl. I 2015, S. 1101)</p>
<p>IT I 4 / Datenblatt-Nr. 1806119</p> <p>Gesetz zur Förderung des elektronischen Identitätsnachweises</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abbau gesetzlicher Hürden für die eID-Nutzung - Förderung eID-Verbreitung, insb. dauerhaftes Einschalten - Erweiterung Funktionen des elektronischen Personalausweises - Anpassung EU-eIDAS-VO - weitere gesetzliche Korrekturen 	<p>Kabinett: 9. Dezember 2016</p> <p>BR 1: 10. Februar 2017</p> <p>GÄ: 22. Februar 2017</p> <p>BT 1.: 9. März 2017</p> <p>Berichterstattegespräch: 24. April 2017</p> <p>BT 2./3.: 28. April 2017</p> <p>BR 2: 12. Mai 2017</p> <p>Inkrafttreten: 15. Juli 2017 (BGBl. I 2017 S. 2310)</p> <p>BR-Zustimmung ist erforderlich.</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>IT II 1 / Datenblatt-Nr. 1806147</p> <p>Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2016 über Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen in der Union</p> <p>Mit dem Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2016 über Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen in der Union (ABl. L 194 vom 19. Juli 2016, S. 1; sog. NIS-RL) werden bestehende Regelungen im BSIG sowie für bestimmte Branchen der Kritischen Infrastrukturen vorrangige Spezialgesetze (AtG, EnWG, SGB V) angepasst und Regelungen zu Mobilen Incident und Response Teams (MIRTs) sowie spezielle Regelungen zu Anbietern digitaler Dienste in das BSIG aufgenommen. Zusätzlich werden mit dem Gesetzentwurf erforderliche Klarstellungen, Bereinigungen und Anpassungen zu Unterstützungsaufgaben des BSI vorgenommen.</p> <p>Im parlamentarischen Verfahren wurde das Gesetz um Maßnahmen zu Stärkung der IT-Sicherheit erweitert. Dies beinhaltet insbesondere eine Ausweitung der Befugnisse der Telekommunikations-Provider zur Detektion und Abwehr von Cyber-Angriffen; hierzu dürfen die Provider zukünftig auch Protokolldaten verarbeiten, jedoch keine Kommunikationsinhalte. Außerdem wurden die Meldewege zum BSI im Rahmen eines IT-Sicherheitsvorfalles optimiert.</p>	<p>Kabinett: 25. Januar 2017</p> <p>BR 1: 10. März 2017 GÄ: 22. März 2017 BT 1.: 9. März 2017 BT 2./3.: 27. April 2017 BR 2: 12. Mai 2017</p> <p>Inkrafttreten: 30. Juni 2017 (BGBl. I 2017 S. 1885)</p>
<p>IT I 5 / Datenblatt-Nr. 1806128</p> <p>Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS-Gesetz – BDBOSG)</p> <p>Mit der Änderung des BDBOSG soll im Hinblick auf zukünftige Herausforderungen und Anforderungen, die sich aus dem ständigen Wandel der Informations- und Kommunikationstechnik ergeben, die Möglichkeit einer flexiblen Anpassung der</p>	<p>Kabinett: 21. Dezember 2016</p> <p>BR 1: 10. Februar 2017 GÄ: 1. März 2017 BT 1.: 9. März 2017</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>Aufgaben der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in Bezug auf staatliche Kommunikationsinfrastrukturen eingeführt werden.</p>	<p>BT 2./3.: 30. März 2017 BR 2: 12. Mai 2017</p> <p>Inkrafttreten: 10. Juni 2017 (BGBl. I 2017 S. 1474)</p>
<p>IT I 4</p> <p>Zweite Verordnung zur Änderung der Passverordnung sowie zur Änderung der Aufenthaltsverordnung</p> <p>Legislative Umsetzung der Einführung der neuen Reisepass-Generation.</p>	<p>Inkrafttreten: 1. März 2017 (BGBl. I 2017 S. 162)</p>
<p>IT II 2 / Datenblatt-Nr. 1806159</p> <p>Erste Verordnung zur Änderung der BSI-Kritisverordnung</p> <p>Mit der BSI-KritisV wird bestimmt, welche Anlagen Einrichtungen oder Teile davon in den Sektoren IKT, Ernährung, Energie, Wasser, Gesundheit, Transport und Verkehr sowie Finanz- und Versicherungswesen als kritische Infrastrukturen i.S.d. BSI-Gesetzes gelten. Die Bestimmung erfolgt unter Festlegung der als kritisch anzusehenden Dienstleistungen und deren als bedeutend anzusehender Versorgungsgrad. Der Versorgungsgrad ist anhand von branchenspezifischen Schwellenwerten für jede kritische Dienstleistung im jeweiligen Sektor zu bestimmen.</p> <p>Die BSI-KritisV ist am 03. Mai 2016 in Kraft getreten. Darin wurden die Kriterien für die Sektoren IKT, Ernährung, Energie und Wasser festgelegt.</p> <p>Mit der 1. Verordnung zur Änderung der BSI-KritisV werden nunmehr die Kriterien für die Sektoren Gesundheit, Transport und Verkehr, sowie Finanz- und Versicherungswesen aufgenommen.</p> <p>Die Verordnung wird vom BMI nach Anhörung von Wissenschaftsvertretern, betroffenen Betreibern und Wirtschaftsverbänden im Einvernehmen mit dem BMWi, dem BMJV, dem BMF, dem BMAS, dem BMEL, dem BMG, dem BMVI, dem BMVg</p>	<p>Kabinett: 31. Mai 2017</p> <p>Inkrafttreten: 30. Juni 2017 (BGBl. I 2017 S. 1903)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung und dem BMUB erlassen. Die Verordnung bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates.	
Abteilung B	
<p>B 3 / Datenblatt-Nr. 1806056</p> <p>Erstes Gesetz zur Änderung des Luftsicherheitsgesetzes</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anpassungsbedarf an das (unmittelbar geltende) neue EU-Recht (Stichwort: sichere Lieferkette). • Befugnis für BMI, bei bestimmten Gefährdungssachverhalten Flugverbote zu verhängen. • Einführung einer Zertifizierungs- und Zulassungspflicht für Luftsicherheitskontrolltechnik <p><u>Ziel:</u></p> <p>Anpassung an geändertes EU-Recht dringend erforderlich; BMI hat Federführung.</p> <p>Insbesondere Anpassung der VO-Ermächtigungen für die LuftSiSchuV und die LuftSiGebV dringend erforderlich. Derzeit müssen gesetzlich vorgeschriebene Zertifizierungen seitens des Luftfahrt-Bundesamtes und der Länder gebührenfrei erfolgen.</p>	<p>Kabinett: 13. Juli 2016</p> <p>BR 1: 23. September 2016</p> <p>GÄ: 28. September 2016</p> <p>BT 1.: 30. September 2016</p> <p>IN-Abschluss: 30. November 2016</p> <p>BT 2./3.: 1. Dezember 2016</p> <p>BR 2: 16. Dezember 2016</p> <p>Inkrafttreten: 4. März 2017 (BGBl. I 2017 S. 298)</p> <p>Zustimmung BR erforderlich</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>B 1 / Datenblatt-Nr. 1806030</p> <p>VO zur Änderung der Bundespolizei-Laufbahnverordnung</p> <p>Das Bundesverwaltungsgericht hat die Verordnung über die Laufbahnen der Beamten des Saarlandes insoweit für verfassungswidrig erklärt, als nach dieser Verordnung eine Zulassung zur Ausbildung für den Verwendungsaufstieg in die Laufbahn des gehobenen Dienstes von einem bestimmten Mindestalter abhängig gemacht wird. Auch die für eine Zulassung zur nächsthöheren Laufbahn geforderte Mindestdienstzeit von zwölf Jahren verstoße gegen Artikel 33 Absatz 2 GG und sei insoweit nichtig. Weder Mindestalter noch Mindestdienstzeit gehörten zu den unmittelbar leistungsbezogenen Gesichtspunkten, die der Bewerberauswahl für einen Laufbahnwechsel zugrunde gelegt werden könnten, da sie keine Rückschlüsse auf die Eignung eines Bewerbers als Verwendungsaufsteiger zuließen (Urteil vom 26. September 2012, 2 C 74.10).</p> <p>Das Urteil hat hinsichtlich seiner grundsätzlichen Feststellungen Bedeutung auch für die Verordnung über die Laufbahnen des Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei (Bundespolizei-Laufbahnverordnung, BPolLV), soweit in dieser Vorschrift ein bestimmtes Mindestalter und eine Mindestdienstzeit als Voraussetzung für die Zulassung zum Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn zwingend vorgeschrieben ist.</p>	<p>Kabinett: 17. September 2014</p> <p>Inkrafttreten: 1. Januar 2015 (BGBl. I 2014 S. 1626)</p>
<p>B 1 / Datenblatt-Nr. 1806123</p> <p>Gesetz zur Verbesserung der Fahndung bei besonderen Gefahrenlagen und zum Schutz von Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei durch den Einsatz von mobiler Videotechnik</p> <p>Mit der Änderung des Bundespolizeigesetzes wurde eine Stärkung der polizeilichen Befugnisse zum Einsatz von technischen Mitteln erreicht werden. Die Bundespolizei hat eine Befugnis zum Einsatz von automatischen Kennzeichenlesesystemen erhalten, um bei Gefahren für die öffentliche Sicherheit die Fahndung nach Fahrzeugen und deren Insassen zu verbessern. Mit dem Gesetz wurde zudem der Einsatz von Bodycams durch die Bundespolizei eine neue rechtliche Grundlage gestellt.</p>	<p>Kabinett: 21. Dezember 2016</p> <p>BR 1: 10. Februar 2017 GÄ: 15. Februar 2017 BT 1.: 27. Januar 2017 BT 2./3.: 9. März 2017 BR 2: 31. März 2017</p> <p>Inkrafttreten: 16. Juni 2017</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
	(BGBl. I 2017 S. 1066
Abteilung V	
<p>V II 5 / Datenblatt-Nr. 1806012</p> <p>Änderung Staatsangehörigkeitsgesetz</p> <p>Grundlage der Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts ist der Koalitionsvertrag, der vorsieht: „Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft die Optionspflicht und die Mehrstaatigkeit wird akzeptiert.“</p>	<p>Kabinett: 8. April 2014</p> <p>Der BR hat am 19. September 2014 keinen Einspruch gegen das am 3. Juli 2014 vom BT beschlossene Gesetz erhoben.</p> <p>Inkrafttreten: 20. Dezember 2014 (BGBl. I 2014 S. 1714)</p>
<p>V II 2 / Datenblatt-Nr. 1806013</p> <p>Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens</p> <p>Die einzelnen Änderungen sind technischer Natur oder vollziehen Änderungen in anderen Gesetzen (z. B. EStG) nach. Relevant ist, dass künftig Daten zu Lebenspartnerschaften an eine öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaft übermittelt werden. Hierdurch kann eine Religionsgesellschaft erfahren, dass Mitarbeiter von ihr in einer Lebenspartnerschaft leben; es gab in der Vergangenheit Fälle, in denen hieraus für Mitarbeiter negative Konsequenzen gezogen wurden. Um dies zu verhindern, erfolgt die Übermittlung künftig „nicht jedoch zu arbeitsrechtlichen Zwecken“.</p>	<p>Kabinett: 12. März 2014</p> <p>BT 2./3.: 19. September 2014</p> <p>Inkrafttreten: 26. November 2014; wesentliche Teile des Gesetzes werden zum 1. November 2015 in Kraft treten.</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
	(BGBl. I 2014 S. 1738)
<p>V I 2 / Datenblatt-Nr. 1806027 / BMBF</p> <p>Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91b) (BMI/BMBF) (Stärkung der deutschen Hochschullandschaft durch Erweiterung der grundgesetzlichen Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern)</p> <p>Die Änderung von Art. 91b GG soll die Hochschulen stärken und ihnen eine langfristige Perspektive im internationalen Bereich geben. Sie ermöglicht es Bund und Ländern, Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung auch an Hochschulen gemeinsam institutionell zu fördern.</p>	<p>Kabinett: 16. Juli 2014</p> <p>BT 1.: 10. Oktober 2014 BT 2./3.: 14. November 2014 BR 2: 19. Dezember 2014</p> <p>Inkrafttreten: 1. Januar 2015 (BGBl. I 2014 S. 2438)</p>
<p>V II 4 / Datenblatt-Nr. 1806028</p> <p>Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes - Stärkung der Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht im Bund durch Errichtung einer obersten Bundesbehörde</p> <p>Der EuGH hat mit Urteil vom 16. Oktober 2012 (C-614/10) gegen Österreich entschieden, dass das Kriterium der Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht nur dann erfüllt ist, wenn die Datenschutz-Kontrollstellen jeglicher unmittelbarer oder mittelbarer Einflussnahme entzogen sind, die ihre Entscheidungen steuern könnte, und eine bloße funktionelle Unabhängigkeit insoweit nicht ausreicht. Damit ist Handlungsbedarf auf Bundesebene entstanden, da die gegenwärtige Regelung der Unabhängigkeit der BfDI im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) in verschiedenen Punkten nicht der in Art. 28 Abs. 1 der EG-Datenschutz-Richtlinie geforderten „völligen Unabhängigkeit“ entspricht (z.B. § 22 Abs. 4 BDSG bzgl. der Rechtsaufsicht der Bundesregierung und § 22 Abs. 5 BDSG bzgl. der Dienstaufsicht des BMI). Die BfDI soll in eine oberste Bundesbehörde mit Sitz in Bonn überführt werden, die ausschließlich parlamentarischer und gerichtlicher Kontrolle unterliegt.</p>	<p>Kabinett: 27. August 2014</p> <p>BR 1: 10. Oktober 2014 BT 1.: 16. Oktober 2014 BT 2./3.: 18. Dezember 2014 BR 2: 6. Februar 2015</p> <p>Inkrafttreten am 1. Januar 2016 (BGBl. I 2015 S. 162).</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>V II 3 / Datenblatt-Nr. 1806023</p> <p>Änderung des Sechsten Verwaltungs-Vollstreckungsgesetzes</p> <p>Nach dem bisherigen Recht vollstrecken die Hauptzollämter als Vollstreckungsbehörden der Bundesfinanzverwaltung kostenlos zu weit über 90% Vollstreckungsanordnungen von ca. 800 Anordnungsbehörden, insbesondere der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, der gesetzlichen Krankenkassen und der Bundesagentur für Arbeit. Können die Gebühren und Auslagen der Bundesfinanzverwaltung bei den Vollstreckungsschuldnern nicht beigetrieben werden, geht dies zu Lasten des Haushalts der Bundesfinanzverwaltung. Mit dem Gesetz soll eine Vollstreckungspauschale geschaffen werden, die bei den betroffenen Anordnungsbehörden zum Ausgleich der beim Vollstreckungsschuldner uneinbringlichen Gebühren und Auslagen erhoben werden soll. Durch die Kostenbeteiligung der Anordnungsbehörden soll eine verursachergerechte Kostenverteilung erreicht werden.</p>	<p>Kabinett: 28. Mai 2014</p> <p>BT 1.: 26. September 2014 BT 2./3.: 17. Oktober 2014 BR 2: 7. November 2014</p> <p>Inkrafttreten: 29. November 2014 (BGBl. I 2014 S. 1770)</p>
<p>V II 1 / Datenblatt-Nr. 1806003</p> <p>Änderung der Allg. Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz (PStG-VwV-ÄndV</p> <p>Anpassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz an die geänderten Regelungen des Personenstandsgesetzes (PStG) und der Personenstandsverordnung (PStV)</p>	<p>Kabinett: 29. Januar 2014</p> <p>Inkrafttreten: 13. Juni 2014</p>
<p>V II 3 / Datenblatt-Nr. 1806105</p> <p>Zweites Gesetz zur Änderung des Vereinsgesetzes</p> <p>Verschärfung des Kennzeichenverbots nach § 9 Abs. 3 VereinsG, indem auf das schwer nachzuweisende Element des "Teilens der Zielrichtung" verzichtet wird und Erweiterung des Anwendungsbereichs der Strafnorm des § 20 Abs. 1 S. 2 Ver-</p>	<p>Kabinett: 20. Juli 2016</p> <p>BR 1: 23. September 2016 GÄ: 12. Oktober 2016</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>einsG, indem künftig auch auf § 9 Abs. 3 VereinsG verwiesen wird. Eine vom BGH aufgewiesene Strafbarkeitslücke wird geschlossen. Auch das Verwenden von Kennzeichen verbotener Vereine "in im Wesentlichen gleicher Form" wird strafbar sein.</p>	<p>BT 1.: 30. September 2016 BT 2./3.: 20. Januar 2017 BR 2: 10. Februar 2017</p> <p>Inkrafttreten: 16. März 2017 (BGBl. I 2017 S. 419)</p>
<p>V II 1 / Datenblatt-Nr. 1706149</p> <p>Zweite Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (2. NamÄndVwV)</p> <p>Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1980 (BAnz. Nr. 153a vom 20. August 1980) wurde zuletzt durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 18. April 1986 (BAnz. Nr. 78 vom 25. April 1986) geändert. Dem Entwurf liegen Erfahrungen aus der Praxis zugrunde, nach denen die Verwaltungen und Gerichte in den Ländern bei zwangsweise eingeführten Vor- und/oder Familiennamen das Vorliegen eines wichtigen Grundes im Sinne des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndG) unterschiedlich bewerten. Durch die Aufnahme der Nummern 44a und 64 in die Allgemeine Verwaltungsvorschrift soll sichergestellt werden, dass künftig vergleichbare Sachverhalte insoweit gleich behandelt werden.</p>	<p>Kabinett: 18. September 2013 und 29. Januar 2014</p> <p>Inkrafttreten: 18. Februar 2014 (BAnz AT 18.02.2014 B2)</p>
<p>V II 2</p> <p>Verordnung über die Abgabe der Einwilligung gegenüber der Auskunft verlangenden Person oder Stelle bei Melderegisterauskünften für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels (Melderegisterauskunftsverordnung - MRAV)</p>	<p>Ressortabstimmung: März / April 2015</p> <p>BR 1: 10. Juli 2015</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>Die Melderegisterauskunftsverordnung regelt das Verfahren der Abgabe einer Einwilligung gegenüber der Auskunft verlangenden Person oder Stelle bei Melderegisterauskünften für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels. Das BMG enthält in § 44 Abs. 3 Regelungen zur Einwilligung betroffener Personen in Melderegisterauskünfte zu Zwecke der Werbung oder Adresshandels. Diese Einwilligung ist erforderlich, damit die Meldebehörde Auskunft verlangenden Personen oder Stellen zu den benannten Zwecken eine Melderegisterauskunft erteilen kann.</p>	<p>Inkrafttreten: 1. November 2015 (BGBl. I 2015, S. 1274)</p>
<p>V II 2</p> <p>Verordnung zu den Voraussetzungen und dem Verfahren der Zulassung von in nicht öffentlich-rechtlicher Form betriebenen Portalen zur Durchführung von einfachen Melderegisterauskünften über das Internet (Portalverordnung - PortalVO)</p> <p>Die Portalverordnung regelt das Verfahren und die Voraussetzungen von durch Private betriebene Portale zur Einholung von Melderegisterauskünften. Das BMG sieht in § 49 Abs. 3 die Möglichkeit vor, einfache Melderegisterauskünfte im automatisierten verfahren über ein Portal zu erteilen. Soweit derartige Portale in nicht-öffentlich-rechtlicher Form betrieben werden, bedürfen sie der Zulassung durch die oberste Landesbehörde.</p>	<p>Ressort- und Länderbeteiligung: März / Juli 2015</p> <p>Inkrafttreten: 1. November 2015 (BGBl. I 2015, S. 1774)</p>
<p>V II 3 / Datenblatt-Nr. 1806096</p> <p>Gesetz zur Einbeziehung der Bundespolizei in den Anwendungsbereich des Bundesgebührengesetzes</p> <p>Die Bundespolizei hat derzeit keine rechtliche Möglichkeit, Gebühren für individuell zurechenbare Sicherheitsleistungen in allen Bereichen ihrer präventiven polizeilichen Tätigkeiten zu erheben.</p>	<p>Kabinett: 22. Juni 2016</p> <p>BR 1: 23. September 2016 BT 1.: 21. Oktober 2016 Abschluss IN: 9. November 2016 BT 2./3.: 2. Dezember 2016 BR 2: 10. Februar 2017</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
	Inkrafttreten: 16. März 2017 (BGBl. I 2017, S. 417)
<p>V II 2 / Datenblatt-Nr. 1806061</p> <p>Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Bundesmeldegesetzes (BMG)</p> <p>Die BMGVwV dient der Durchführung des BMG und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen.</p>	<p>Kabinett: 12. August 2015</p> <p>Zul. BR: 14. August 2015 BR 1: 25. September 2015</p> <p>Inkrafttreten: 1. November 2015 (BAnz AT 30.10.2015, B 2)</p>
<p>V II 2</p> <p>Verordnung zur Änderung der Personalausweisverordnung, der Personalausweisgebührenverordnung und der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung</p>	<p>BT: 12. Juni 2015</p> <p>Inkrafttreten: 9. Juli 2015 (BGBl. I 2015, S. 1101)</p>
<p>V II 2</p> <p>Erste Verordnung zur Änderung der Zweiten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung</p>	<p>BT: 12. Juni 2015</p> <p>Inkrafttreten: 30. Juni 2015 (BGBl. I 2015, S. 1006)</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>V II 3 / Datenblatt-Nr. 1806048</p> <p>Allgemeine Gebührenverordnung (AGebV)</p> <p>Die Allgemeine Gebührenverordnung der Bundesregierung ist der erste Schritt zur Umsetzung des Gesetzes zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes vom 7. August 2013. Ziel dieser Strukturreform ist es, im Verwaltungsgebührenrecht des Bundes mehr Transparenz und Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft und Verwaltung zu erreichen sowie Bürokratie abzubauen. Ziel der Verordnung ist es insbesondere, auf Grundlage des § 9 Absatz 1 BGebG anwenderfreundliche Vorgaben für die Kalkulation kostendeckender Gebühren zu schaffen. Dabei sollen die Gebühren grundsätzlich auf Grundlage von Kostenpauschalen ermittelt werden, so dass die Behörden die Gebühren für ihre Leistungen einfach und rechtssicher berechnen können. Damit eignet sich das Verfahren für alle Behörden, unabhängig davon, ob sie über eine Kosten-und-Leistungs-Rechnung verfügen. Des Weiteren werden für alle gebührenerhebenden Bundesbehörden einheitliche Gebühren für Beglaubigungen bestimmt.</p>	<p>Kabinett: 4. Februar 2015</p>
<p>V II 3 / Datenblatt-Nr. 1806069</p> <p>Erste Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Gebührenverordnung</p> <p>Mit dem Entwurf werden insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Kostenpauschalen und der auf dieser Basis berechnete bundeseinheitliche Tatbestand für Beglaubigungen an die aktuellen Personal- und Sachkosten für Kostenberechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (PKS) angepasst • die Kosten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit in die Kostenpauschalen einbezogen. 	<p>Kabinett: 7. Oktober 2015</p> <p>Inkrafttreten: 6. November 2015 (BGBl. I 2015, S. 1888)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>V I 5</p> <p>Verordnung zur Anpassung der festen Beträge im Rahmen der Wahlkostenerstattung durch den Bund (WahlkostenV)</p> <p>Nach § 50 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Bundeswahlgesetzes (BWG) sowie § 25 Absatz 1 des Europawahlgesetzes in Verbindung mit § 50 Absatz 3 Satz 1 und 2 BWG erstattet der Bund den Ländern die Wahlkosten bei Bundestags- und Europawahlen, sofern sie nicht im Wege der Einzelabrechnung ersetzt werden, durch einen festen Betrag je Wahlberechtigten, der nach zwei Gemeindegrößenklassen gestaffelt ist.</p> <p>Nach § 50 Absatz 3 Satz 3 BWG sind notwendige Anpassungen des festen Betrages an die Preisentwicklung durch Rechtsverordnung des Bundesministerium des Innern mit Zustimmung des Bundesrates frühestens für eine Wahl nach dem 1. Januar 2005 vorzunehmen.</p> <p>Seit Inkrafttreten der vorgenannten Vorschrift am 5. Mai 2001 wurde der gesetzlich bestimmte Betrag einmal durch Verordnung vom 29. September 2009 (BGBl. I S. 3220) an die Preisentwicklung angepasst. Ziel ist es, den festen Betrag für die Erstattung der für Bundestagswahlen und Europawahlen anfallenden Wahlkosten an die Preisentwicklung anzupassen.</p>	<p>Inkrafttreten: 17. November 2016 (BGBl. I 2016 S. 2517)</p>
<p>V II 3 / Datenblatt-Nr. 1806084</p> <p>Erstes Gesetz zur Aktualisierung der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes</p> <p>Nach dem Gesetz zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes sollen die bislang in 17 Gesetzen und Verordnungen geregelten gebührenrechtlichen Bestimmungen im Zuständigkeitsbereich des BMI zum 14. August 2016 durch die Besondere Gebührenverordnung des BMI (BMI-BGebV) abgelöst werden. Der Erlass der BMI-BGebV bis zu diesem Zeitpunkt ist auf Grund fehlender personeller Ressourcen (insbesondere bei StBA und BVA) nicht mehr möglich.</p> <p>Mit dem Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Aktualisierung der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes soll die Frist zum Erlass der BMI-BGebV bis zum 1. Oktober 2019 verlängert werden. Dadurch wird eine Einbindung des StBA über die Geschäftsstelle Bürokratieabbau im Bundeskanzleramt in dem Umfang ermöglicht, der für eine einheitliche systematische</p>	<p>Kabinett: 3. Februar 2016</p> <p>BR 1: 18. März 2016</p> <p>GÄ:</p> <p>BT 1.: 15. April 2016</p> <p>BT 2./3.: 12. Mai 2016</p> <p>BR 2: 17. Juni 2016</p> <p>Zustimmung BR nicht erforder-</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>Erhebung, Validierung, Bewertung und Dokumentierung der den rund 250 Gebührentatbeständen zugrundeliegenden Prozesse erforderlich ist. Der Zeitbedarf bis zum 1. Oktober 2019 ist der Tatsache geschuldet, dass das StBA dieses Projekt parallel zu seinen sonstigen Aufgaben durchführt.</p>	<p>lich.</p> <p>Inkrafttreten: 23. Juli 2016 (BGBl I 2016 S. 1666)</p>
<p>V II 3 / Datenblatt-Nr. 1806140</p> <p>Gesetz zur Verbesserung der Sachaufklärung in der Verwaltungsvollstreckung</p> <p>Der Gleichlauf von zivilprozessualer und öffentlich-rechtlicher Vollstreckung soll nach dem Gesetzentwurf durch die Neuregelung von Sachaufklärungsbefugnissen für die Vollstreckungsbehörden des Bundes in §§ 5 a und 5b des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (VwVG) und durch die Schaffung entsprechender Übermittlungsbefugnisse zugunsten der Vollstreckungsbehörden des Bundes und der Länder im Aufenthaltsgesetz, der Abgabenordnung, dem SGB X erfolgen.</p>	<p>Kabinett: 18. Januar 2017</p> <p>BR 1: 10. März 2017 GÄ: 22. März 2017 BT 1.: 30. März 2017 BT 2./3.: 18. Mai 2017 BR 2: 2. Juni 2017</p> <p>Inkrafttreten: 6. Juli 2017 (BGBl. I 2017 S. 2094)</p> <p>BR-Zustimmung erforderlich</p>
<p>V II 2 / Datenblatt-Nr. 1806095</p> <p>Gesetz zur Änderung des Bundesmeldegesetzes und weiterer Vorschriften (1. BMGÄndG) und Verordnung zur Änderung der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung und weiterer Vorschriften</p> <p>Nach ersten Praxiserfahrungen mit dem am 1. November 2015 in Kraft getretenen Bundesmeldegesetz (BMG) hat sich gezeigt, dass bei einigen Abläufen noch eine Feinjustierung erforderlich ist. Auf einige Vorgaben kann im Interesse der Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und der Verwaltung verzichtet werden.</p>	<p>Kabinett: 23. März 2016</p> <p>BR 1: 13. Mai 2016 GÄ: 1. Juni 2016 BT 1.: 9. Juni 2016 Abschluss IN: 6. Juli 2016</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>Des Weiteren hat sich gezeigt, dass es bei der wachsenden Zahl ausländischer Namen nicht sachgerecht ist, auf das Datum „Geschlecht“ zu verzichten, da eine Ableitung aus dem Vornamen nicht sicher möglich ist.</p> <p>Darüber hinaus dient der Entwurf der Klärung von Rechtsfragen, die bei der Anwendung des Bundesmeldegesetzes aufgetreten sind.</p>	<p>BT 2./3.: 7. Juli 2016</p> <p>BR 2: 23. September 2016</p> <p>Inkrafttreten: 1. November 2016 (BGBl I 2016 S. 2218)</p>
<p>V II 1 / Datenblatt-Nr. 1806087</p> <p>Gesetz zu dem Übereinkommen der Internationalen Kommission für das Zivilstandswesen (CIEC) vom 14. März 2014 über die Ausstellung mehrsprachiger, codierter Auszüge und Bescheinigungen aus Personenstandsregistern</p> <p>Das Vertragsgesetz soll die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für den Beitritt zu dem Übereinkommen schaffen.</p>	<p>Kabinett: 11. Januar 2017</p> <p>BR 1: 10. März 2017</p> <p>GÄ: 22. März 2017</p> <p>BT 1.: 30. März 2017</p> <p>Abschluss IN:</p> <p>BT 2./3.: 18. Mai 2017</p> <p>BR 2: 7. Juli 2017</p> <p>Inkrafttreten: Juli 2017</p>
<p>V II 3 / Datenblatt-Nr. 1806115</p> <p>Zweite Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Gebührenverordnung</p> <p>Mit der Zweiten Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Gebührenverordnung wird die Anpassung der PKS vom 11. Mai 2016 des Bundesministeriums der Finanzen unter Beachtung der Vorgaben des Bundesgebührengesetzes und der Allgemeinen Gebührenverordnung auf die allgemeinen pauschalen Stundensätze sowie auf die Gebühren für die Beglaubigungen übertragen.</p>	<p>Kabinett: 31. August 2016</p> <p>Inkrafttreten: 28. September 2016 (BGBl I 2016, S. 2162)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>V II 1 / Datenblatt-Nr. 1806129</p> <p>Zweites Gesetz zur Änderung personenstandsrechtlicher Vorschriften (2. Personenstandsrechts-Änderungsgesetz - 2. PStRÄndG)</p> <p>Der Entwurf beseitigt erkannte Schwachstellen und Regelungslücken des geltenden Rechts. Dies erfolgt im Wesentlichen durch klarstellende und redaktionelle Änderungen der vorhandenen Rechtsvorschriften sowie durch Anpassung der Beurkundungsmodalitäten.</p> <p>Daneben wird die Zuständigkeit des Wohnsitzstandesamtes für die Nachbeurkundung von Geburten, Eheschließungen, Lebenspartnerschaften und Sterbefällen Deutscher im Ausland sowie für die Entgegennahme namensrechtlicher Erklärungen dieses Personenkreises erweitert. Zukünftig ist das letzte Wohnsitzstandesamt des Antragstellers für diese Beurkundungen auch dann zuständig, wenn die antragsberechtigte Person zwar zum Zeitpunkt der Antragstellung keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland mehr hat, aber früher einen Wohnsitz im Inland hatte. Dies entlastet das Standesamt I in Berlin und verkürzt die dort derzeit bestehenden langen Bearbeitungszeiten für Nachbeurkundungen von Personenstandsfällen von Deutschen im Ausland.</p> <p>Der Entwurf eröffnet zudem erstmals die Möglichkeit, die Reihenfolge der Vornamen von Personen, deren Namensführung sich nach deutschem Recht richtet, außerhalb eines behördlichen Namensänderungsverfahrens durch Erklärung vor dem Standesamt neu zu bestimmen. Die bei der Geburtsbeurkundung festgelegte Anzahl und Reihenfolge der Vornamen ist grundsätzlich unabänderlich und wird auch im Personalausweis und Reisepass im Datenfeld „Vornamen“ und im Bereich der maschinenlesbaren Zone (MRZ) wiedergegeben. Während im täglichen Gebrauch die Möglichkeit besteht, nur einen von mehreren Vornamen als sogenannten Rufnamen zu führen, wird in den Ausweisdokumenten ein Rufname nicht mehr bestimmt oder gekennzeichnet. Oftmals sehen sich Bürger durch die behördliche Praxis mit einer ihnen fremden Namensangabe konfrontiert, wenn Dritte (z. B. Banken, Versicherungen, Fluggesellschaften) anstatt des Rufnamens den in der Vornamensreihenfolge stehenden ersten, allerdings im täglichen Leben ungebräuchlichen Vornamen verwenden. Die damit verbundenen Probleme können durch die im Gesetzentwurf vorgesehene Erklärung zur Sortierung der Vornamen vermieden</p>	<p>Kabinett: 25. Januar 2017</p> <p>BR 1: 10. März 2017</p> <p>GÄ: 22. März 2017</p> <p>BT 1.: 30. März 2017</p> <p>BT 2./3.: 18. Mai 2017</p> <p>BR 2: 7. Juli 2017</p> <p>Inkrafttreten: 1. November 2017</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
werden.	
<p>V II 4 / Datenblatt-Nr. 1806117</p> <p>Gesetz zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Datenschutz-Grundverordnung und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU - DSAnpUG-EU)</p> <p>Das Gesetzesvorhaben beinhaltet die Anpassung des nationalen Datenschutzrechts an die DS-GVO, die ab 25. Mai 2018 unmittelbar in Deutschland anwendbares Recht sein wird und einen einheitlichen datenschutzrechtlichen Rahmen für alle EU-Mitgliedsstaaten schaffen wird. Wesentlicher Bestandteil des Gesetzesvorhabens ist die Ablösung des bestehenden Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) durch ein neues Allgemeines Bundesdatenschutzgesetz. Darüber hinaus dient der Gesetzentwurf auch der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680, soweit diese nicht gesondert im Fachrecht erfolgen.</p>	<p>Kabinett: 1. Februar 2017</p> <p>BR 1: 10. März 2017</p> <p>GÄ: 22. März 2017</p> <p>BT 1.: 9. März 2017</p> <p>Abschluss-IN: 29. März 2017</p> <p>BT 2./3.: 27. April 2017</p> <p>BR 2: 12. Mai 2017</p> <p>Art. 7 (punktuelle Ergänzung des BDSG in Umsetzung der Safe-Harbor-Entscheidung des EuGH): Inkrafttreten am Tag nach Verkündung</p> <p>Inkrafttreten im Übrigen: 25. Mai 2018 (BGBl. I 2017 S. 2097)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>V II 4 / Datenblatt-Nr. 1806134</p> <p>Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes - Erhöhung der Sicherheit in öffentlich zugänglichen großflächigen Anlagen und im öffentlichen Personenverkehr durch optisch-elektronische Einrichtungen (Videoüberwachungsverbesserungsgesetz)</p> <p>Änderung des § 6b BDSG um eine normative Gewichtungsvorgabe für die Abwägungsentscheidung bei der Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Einsatzes von optisch-elektronischen Einrichtungen bei öffentlich zugänglichen großflächigen Anlagen und Einrichtungen des ÖPNV.</p>	<p>Kabinett: 21. Dezember 2016</p> <p>BR 1: 10. Februar 2017 GÄ: 15. Februar 2017 BT 1.: 27. Januar 2017 BT 2./3.: 9. März 2017 BR 2: 31. März 2017</p> <p>Inkrafttreten: 5. Mai 2017 (BGBl. I 2017 S. 968)</p>
<p>V I 3 / Datenblatt-Nr. 1806139</p> <p>Gesetz zu bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtsverhüllung</p> <p>Durch ein Artikelgesetz wird die Umsetzung eines bereichsspezifischen Verschleierungsverbots in verschiedenen Rechtsmaterien ermöglicht.</p>	<p>Kabinett: 21. Dezember 2016</p> <p>BR 1: 10. Februar 2017 GÄ: 15. Februar 2017 BT 1.: 9. März 2017 Abschluss-IN: 29. März 2017 BT 2./3.: 23. April 2017 BR 2: 12. Mai 2017</p> <p>Inkrafttreten: 15. Juni 2017 (BGBl. I 2017 S. 1570)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
Abteilung O	
<p>○ 6 / Datenblatt-Nr. 1806015</p> <p>Zweites Gesetz zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes</p> <p>1. Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005</p> <p>Einführung einer Experimentierklausel</p> <p>2. Änderung des Bevölkerungsstatistikgesetzes</p> <p>Es wurden weitere Hilfsmerkmale in das Gesetz aufgenommen, um die Qualität der Statistik insbesondere im Hinblick auf die Einwohnerzahl und deren Fortschreibung zu sichern und zu verbessern.</p>	<p>Kabinett: 28. Mai 2014</p> <p>BT 1.: 25. September 2014</p> <p>BT 2./3.: 6. November 2014</p> <p>BR 2: 28. November 2014</p> <p>Inkrafttreten: 9. Dezember 2014 (BGBl. I 2014 S. 1926)</p>
<p>○ 6 / Datenblatt-Nr. 1706083</p> <p>Neufassung des Bevölkerungsstatistikgesetz (BevStatG)</p> <p>Umfassende inhaltliche Überarbeitung des Gesetzes von 1957 und Anpassung an verschiedene Gesetzesänderungen der letzten Jahre:</p> <ul style="list-style-type: none"> • sprachliche Anpassung an das vor Jahren geänderte Scheidungs- und Kindschaftsrecht, • sprachliche Anpassung an das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, • Berücksichtigung der Änderungen des Personenstandsrechts 2009: <ul style="list-style-type: none"> ○ sprachliche Anpassung, ○ statistische Erfassung der eingetragenen Lebenspartnerschaft, ○ Verzicht auf die Erfassung der Angaben zur Religion, da diese nur noch auf besonderen Wunsch der Betroffenen im 	<p>Kabinett: 11. Januar 2012</p> <p>Inkrafttreten: 1. Januar 2014 (BGBl. I 2013 S. 826)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>Standesamt erfasst werden,</p> <ul style="list-style-type: none"> • Festlegung von Erhebungs- und Hilfsmerkmalen, • Verzicht auf Merkmale, die nicht für die Verwaltung erhoben werden (Körpergewicht- und Körperlänge bei der Geburt, Erwerbstätigkeit der Mutter bei der Geburt) 	
<p>Ö 6 / Datenblatt-Nr. 1806065</p> <p>Gesetz zur Änderung des Bundesstatistikgesetzes und anderer Statistikgesetze</p> <p>Das Bundesstatistikgesetz (BStatG), das das allgemeine Organisations- und Verfahrensrecht der Bundesstatistik regelt, wurde umfassend novelliert; bei den weiteren Gesetzesänderungen im Rahmen dieses Gesetzes handelte es sich in erster Linie um Folgeänderungen.</p> <p>Die inhaltlichen Schwerpunkte der BStatG-Novellierung lagen auf</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Einführung einer Vorschrift zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Verwaltungsdatennutzung, - der Verankerung der Koordinierungszuständigkeit des Statistischen Bundesamts in Anpassung an die jüngst revidierte EU-StatistikVO, - der Einführung einer zustimmungspflichtigen Rechtsverordnungsermächtigung zur Umsetzung von EU-Recht und - der Erweiterung des Zugangs der Wissenschaft auf statistische Daten 	<p>Kabinett: 9. Dezember 2015</p> <p>BR 1: 29. Januar 2016 GÄ: 17. Februar 2016 BT 1.: 25. Februar 2016 Einbringung IN: 27. April 2016 Abschluss IN: 27. April 2016 BT 2./3.: 28. April 2016 BR 2: 17. Juni 2016</p> <p>Inkrafttreten: 27. Juli 2016 (BGBl I 2016 S. 1768)</p>
<p>Ö 6 / Datenblatt-Nr. 1806093</p> <p>Gesetz zur Neuregelung des Mikrozensus und zur Änderung weiterer Statistikgesetze</p> <p>Das Mikrozensusgesetz 2005 vom 24. Juni 2004 ordnete Datenerhebungen bis einschließlich 2016 an. Zur Fortführung des Mikrozensus war ein Anschlussgesetz erforderlich.</p> <p>Zudem wurden durch EU-Verordnungen zusätzliche Anforderungen an verschiedene Statistiken gestellt. Um die durch diese</p>	<p>Kabinett: 18. Mai 2016</p> <p>BR 1: 8. Juli 2016 GÄ: 17. August 2016 BT 1.: 22. September 2016</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>Anforderungen zu erwartenden zusätzlichen Belastungen tragen zu können, werden diese Statistiken ab 2017 gemeinsam im Rahmen des Mikrozensus erhoben. Damit werden Synergieeffekte genutzt.</p> <p>Mit dem Mikrozensusgesetz wurden die rechtlichen Voraussetzungen für die gemeinsame Erhebung von Mikrozensus, über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft, über Einkommen und Lebensbedingungen in der Gemeinschaft sowie zur Informationsgesellschaft in der Gemeinschaft, soweit Einzelpersonen und Haushalte betroffen sind, geschaffen.</p>	<p>BT 2./3.: 20. Oktober 2016 BR 2: 25. November 2016</p> <p>Inkrafttreten: 1. Januar 2017 (BGBl. I 2016 S. 2826)</p>
<p>Ö 2 / Datenblatt-Nr. 1806099</p> <p>Gesetz zum Abbau verzichtbarer Anordnungen der Schriftform im Verwaltungsrecht des Bundes</p> <p>Das Gesetz setzt die Ergebnisse des Berichts der Bundesregierung zur Verzichtbarkeit der Anordnungen der Schriftform und des persönlichen Erscheinens im Verwaltungsrecht des Bundes um. Durch das Gesetz wird die Anordnung der Schriftform in 46 verwaltungsrechtlichen Rechtsvorschriften des Bundes gestrichen und in 421 verwaltungsrechtlichen Rechtsvorschriften des Bundes durch die Möglichkeit einer elektronischen Verfahrensabwicklung ergänzt.</p>	<p>Kabinett: 24. August 2016</p> <p>BR 1: 14. Oktober 2016 GÄ: 2. November 2016 BT 1.: 10. November 2016 BT 2./3.: 26. Januar 2017 BR 2: 10. März 2017</p> <p>Inkrafttreten: 5. April 2017 (BGBl. I 2017 S. 626)</p>
<p>Ö 6 / Datenblatt-Nr. 1806113</p> <p>Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2021 (Zensusvorbereitungsgesetz 2021)</p> <p>Bund, Länder und Kommunen benötigen für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungen und Planungen verlässliche Daten zur Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Wohnsituation. Um die Datenerhebung möglichst kostengünstig und belastungsarm durchzuführen, soll der Zensus 2021 auf einer registergestützten Methode beruhen. Mit dem Zensusvor-</p>	<p>Kabinett: 21. September 2016</p> <p>BR 1: 4. November 2016 GÄ: 30. November 2016 BT 1.: 1. Dezember 2016</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>bereitungsgesetz 2021 wurden die rechtlichen Voraussetzungen für die rechtzeitige Vorbereitung des für das Jahr 2021 vorgesehenen registergestützten Zensus geschaffen.</p>	<p>Abschluss IN: 18. Januar 2017 BT 2./3.: 26. Januar 2017 BR 2: 10. Februar 2017</p> <p>Inkrafttreten: 10. März 2017 (BGBl. I 2017 S. 388)</p> <p>BR-Zustimmung nicht erforderlich.</p>
<p>O 1 / Datenblatt-Nr. 1806141</p> <p>Erstes Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes (Open-Data-Gesetz)</p> <p>Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die Behörden der Bundesverwaltung zum Vorreiter bei Open Data zu machen. Die Umsetzung erfolgte durch Einfügung eines § 12a im E-Government-Gesetz.</p> <p>Die Behörden des Bundes sind nun angehalten, die zur Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben erhobenen unbearbeiteten Daten zu veröffentlichen. Dabei sind datenschutzrechtliche und spezialgesetzliche Regelungen zu beachten. Ziel der Regelung sind Daten, die zur Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe erhoben werden, in elektronischer Form vorliegen und insbesondere in Tabellen oder Listen strukturiert sind. Berichte, Arbeitsergebnisse und Daten zu internen Verwaltungsprozessen sind von der Bereitstellung ausgenommen.</p>	<p>Kabinett: 25. Januar 2017</p> <p>BR 1: 10. März 2017 GÄ: 22. März 2017 BT 1.: 31. März 2017 Berichterstattegespräch: 24. April 2017 BT-Ausschüsse: 26. April 2017 BT 2./3.: 19. Mai 2017 BR 2: 2. Juni 2017</p> <p>Inkrafttreten: 13. Juli 2017 (BGBl. I 2017 S. 2206)</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
	BR-Zustimmung nicht erforderlich
<p>O 5 / Datenblatt-Nr. 1806173</p> <p>Verordnung über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Bundes</p> <p>Mit der vorliegenden E-Rechnungs-Verordnung erfolgt auf der Basis des § 4a Absatz 3 des E-Government-Gesetzes, der durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/55/EU über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen neu geschaffen wurde, eine wesentliche materielle Gesetzgebungsmaßnahme zur Umsetzung der Richtlinie 2014/55/EU vom 16. April 2014 über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen (ABl. L 133 vom 6.5.2014, S. 1, im Folgenden: Richtlinie 2014/55/EU).</p>	Kabinett: 16. August 2017
Abteilung D	
<p>D 1 / Datenblatt-Nr. 1806017</p> <p>Gesetz zur Änderung des Bundesbeamtengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften (BBGÄndG)</p> <p>§ 31 des BBG wird dahingehend geändert, dass künftig für die Anordnung der Fortdauer des Bundesbeamtenverhältnisses kein Einvernehmen mit dem neuen Dienstherrn bzw. der internationalen Einrichtung mehr erforderlich ist.</p> <p>Entsprechend dem Grundsatz „Rehabilitation vor Versorgung“ wird mit der Neuregelung in § 44 Abs. 4 BBG die Möglichkeit eröffnet, Beamtinnen und Beamte nach dem Erwerb der Befähigung für eine neue Laufbahn in das Eingangsamts dieser Laufbahn zu versetzen.</p> <p>Für die Übermittlung von Personalaktendaten an Dienstleistungszentren wird eine Rechtsgrundlage geschaffen.</p>	<p>Kabinett: 24. September 2014</p> <p>BR 1: 7. November 2014</p> <p>BT 1.: 5. Dezember 2014</p> <p>BT 2./3.: 15. Januar 2015</p> <p>BR 2: 6. Februar 2015</p> <p>Inkrafttreten: 14. März 2015</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>Um die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverwaltungsgerichts zur Abgeltung des Erholungsurlaubs, der krankheitsbedingt bis zur Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht realisiert werden konnte, gesetzlich nachzuvollziehen, wird die Verordnungsermächtigung in § 89 des BBG entsprechend erweitert und der europarechtliche Anspruch in der Erholungsurlaubsverordnung umgesetzt.</p> <p>Durch eine Änderung des Bundesdisziplingesetzes (BDG) wird erreicht, dass für das gerichtliche Disziplinarverfahren in etwa noch vorhandenen „Altfällen“ aus der Zeit vor Inkrafttreten des BDG (1. Januar 2002) künftig das neue Recht gilt, so dass der beim Bundesverwaltungsgericht derzeit noch bestehende, allein für die „Altfälle“ zuständige Disziplinarsenat aufgelöst werden kann.</p>	(BGBl. I 2015 S. 250)
<p>D 3 / Datenblatt-Nr. 1806021</p> <p>Bundesbesoldungs- und Bundesversorgungsanpassungsgesetz 2014/2015</p> <p>Übertragung der Tarifiergebnisse für den öffentlichen Dienst im Bund auf die Bezügeempfänger. Gem. § 14 BBesG und § 70 BeamtVG sind die Bezüge der aktiven Beamten sowie der Versorgungsempfänger an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen.</p>	<p>Kabinett: 28. Mai 2014</p> <p>BT 2./3.: 9. Oktober 2014</p> <p>BR 2: 7. November 2014</p> <p>Inkrafttreten: 1. März 2015 (BGBl. I 2014 S. 1772)</p>
<p>D 2 / Datenblatt-Nr. 1806037</p> <p>14. Änderung der Erholungsurlaubsverordnung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung EuGH-Rechtsprechung, • Anpassung Urlaubsdauer an den Tarifbereich. 	<p>Kabinett: 19. November 2014</p> <p>Inkrafttreten: 29. November 2014 (BGBl. I 2014 S. 1797)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>D 6 / Datenblatt-Nr. 1806039</p> <p>Verordnung über die Gewährung von Dienstjubiläumszuwendungen (Dienstjubiläumsverordnung - DJubV)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zusammenfassung der Jubiläumsverordnung und der Soldatenjubiläumsverordnung in einer Verordnung, • Anpassung an die geänderte Rechtsprechung, • Angleichung der Höhe der Jubiläumszuwendung an den TVöD. 	<p>Kabinett: 3. Dezember 2014</p> <p>Inkrafttreten: 24. Dezember 2014 (BGBl. I 2014 S. 2267)</p>
<p>D 2 / Datenblatt-Nr. 1806043</p> <p>Verordnung zur Änderung der AZV</p> <p>Die Änderungsverordnung umfasst Neuregelungen zu</p> <ul style="list-style-type: none"> • Pausenregelungen, • Langzeitkonten und • Teilzeit. 	<p>Kabinett: 11. Dezember 2014</p> <p>Inkrafttreten: 19. Dezember 2014 (BGBl. I 2014 S. 2191)</p>
<p>D 3 / Datenblatt-Nr. 1706120</p> <p>Verordnung zur Änderung von Vorschriften für Dienst zu wechselnden Zeiten</p> <p>Änderungen in der Erschwernis-, der Erholungsurlaubs- und der Arbeitszeitverordnung sowie der Soldatenurlaubsverordnung und der Mutterschutzverordnung für Soldatinnen</p>	<p>Kabinett: 5. Juni 2013</p> <p>Inkrafttreten: 1. Januar 2014 (BGBl. I 2013 S. 3286)</p>
<p>D 3 / Datenblatt-Nr. 1806036 / BMVg</p> <p>Gesetz zur Stärkung der Attraktivität des Dienstes der Bundeswehr (Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetz)</p> <p>Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Dienstgestaltung, der Bezahlung und der sozialen Absicherung</p>	<p>Kabinett: 29. Oktober 2014</p> <p>BR 1: 19. Dezember 2014 BT 1.: 30. Januar 2015 BT 2./3.: 26. Februar 2015</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
	BR 2: 27. März 2015 Inkrafttreten: 23. Mai 2015 (BGBl. I 2015 S. 706)
D 2 / Datenblatt-Nr. 1806045 Gesetz zur Änderung des Bundesministergesetzes und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre Der Gesetzentwurf sieht vor, dass amtierende und ehemalige Mitglieder der Bundesregierung, die beabsichtigen, innerhalb eines Zeitraumes von 18 Monaten nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt einer Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes nachzugehen, dies der Bundesregierung anzuzeigen haben. Parlamentarische Staatssekretäre haben die Anzeige gegenüber dem zuständigen Mitglied der Bundesregierung vorzunehmen. Die Erwerbstätigkeit oder sonstige Beschäftigung kann untersagt werden, wenn durch ihre Aufnahme öffentliche Interessen beeinträchtigt werden.	Kabinett: 4. Februar 2015 BR 1: 27. März 2015 GÄ: 15. April 2015 BT 1.: 23. April 2015 BT 2./3.: 22. Mai 2015 BR 2: 10. Juli 2015 In Kraft getreten: 25. Juli 2015 (BGBl. I 2015 S. 1322)
D 3 / Datenblatt-Nr. 1806058 Siebttes Besoldungsänderungsgesetzes Schwerpunkt des Gesetzentwurfs ist die Aufhebung von Sonderregelungen in der Besoldung der Soldaten. Das sich zugunsten der Soldaten auswirkende Vorhaben sollte ursprünglich bereits im Rahmen des Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetzes umgesetzt werden.	Kabinett: 15. Juli 2015 BR 1: 25. September 2015 BT 1.: 1. Oktober 2015 BT 2./3.: 5. November 2015 BR 2: 27. November 2015

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
	<p>Inkrafttreten: 1. Januar 2016 (BGBl. I 2015 S. 2136)</p> <p>Zustimmung BR nicht erforderlich</p>
<p>D 1 / Datenblatt-Nr. 1806078</p> <p>Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamtinnen und Beamte des Bundes und Soldatinnen und Soldaten sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften</p> <p>Es wird das für die Privatwirtschaft und für Tarifbeschäftigte seit dem 1. Januar 2015 geltende Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf wirkungsgleich im Beamtenbereich nachvollzogen. Für die Beamtinnen und Beamten wird ein Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit und Pflegezeit eingeführt. Beamtinnen und Beamte erhalten bei Pflegezeit oder Familienpflegezeit einen Vorschuss zur besseren Bewältigung des Lebensunterhalts während der (teilweisen) Freistellung, die mit einer Gehaltsreduzierung verbunden ist.</p> <p>Die weiteren Änderungen dienen der redaktionellen Bereinigung sowie der Klarstellung.</p>	<p>Kabinett: 16. März 2016</p> <p>BR 1: 13. Mai 2016</p> <p>GÄ:</p> <p>BT 1.: 2. Juni 2016</p> <p>BT 2./3.: 7. Juli 2016</p> <p>BR 2: 23. September 2016</p> <p>Inkrafttreten: 28. Oktober 2016 (BGBl. I 2016 S. 2362)</p>
<p>D 4 / Datenblatt-Nr. 1806091</p> <p>Gesetz zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes und anderer Gesetze (VersRücklÄndG)</p> <p>Der Bund muss die Altersversorgung seiner Beamten, Berufssoldaten und Richter bestmöglich sichern. Hierzu hat er insbesondere mit der Versorgungsrücklage (1999) und dem Versorgungsfonds des Bundes (2007) nachhaltigkeitsgewährleistende Instrumente geschaffen, die fortzuentwickeln sind.</p> <p>Nach der aktuellen Fassung des Versorgungsrücklagegesetzes sind die Mittel der Versorgungsrücklage bereits ab 2018 zur schrittweisen Entlastung des Haushaltes bezüglich eines Teiles der Versorgungskosten einzusetzen. Grund für diese Rege-</p>	<p>Kabinett: 13. Juli 2016</p> <p>BR 1: 23. September 2016</p> <p>GÄ: 28. September 2016</p> <p>BT 1.: 22. September 2016</p> <p>BT 2./3.: 2. Dezember 2016</p> <p>BR 2: 16. Dezember 2016</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>lung ist die noch aus dem Ersten Versorgungsbericht der Bundesregierung vom 17.10.1996 stammende Annahme, dass bereits gegen 2020 der „Versorgungsberg“ erreicht werde. Diese Annahmen haben sich jedoch für die unmittelbare Bundesverwaltung als unrichtig herausgestellt. Der Höchststand der Versorgungsempfängerzahl wird erst gegen 2035 erreicht (vgl. Fünfter Versorgungsbericht der Bundesregierung). Vor diesem Hintergrund muss die Versorgungsrücklage als Sondervermögen des Bundes einstweilen erhalten und ihr Kapital weiter aufgebaut werden.</p>	<p>Inkrafttreten: 11. Januar 2017 (BGBl. I 2017 S. 17)</p>
<p>D 2 / Datenblatt-Nr. 1806112</p> <p>Zweite Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung (BLV)</p> <p>Öffnung eines Zugangs zu Laufbahnen des höheren Dienstes für Personen mit Bachelorabschluss in Verbindung mit Zusatzqualifikation (Promotion oder mehrjährige Berufserfahrung) in Laufbahnen mit Bewerbermangel oder solchen, in denen regelmäßig nur eine eingeschränkte Verwendungsbreite gefordert wird. Dies betrifft vier von neun Laufbahnen (technischer Dienst, naturwissenschaftlicher Dienst, sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst, ärztlicher und gesundheitswissenschaftlicher Dienst).</p> <p><u>Ziel:</u></p> <p>Da es sich nach BMI-Vorschlag um eine Ausnahmeregelung handelt, soll keine weitgehende Öffnung für die Mehrzahl der Laufbahnen i. S. v. § 6 Abs. 2 BLV erfolgen.</p>	<p>Kabinett: 20. Juli 2016</p> <p>Inkrafttreten: 23. August 2016 (BGBl. I 2016 S. 1981)</p> <p>BR-Zustimmung ist nicht erforderlich.</p>
<p>D 2 / Datenblatt-Nr. 1806092</p> <p>Neufassung der Verordnung über den Sonderurlaub für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte sowie für Richterinnen und Richter</p> <p>Bisher in Rundschreiben geregelte Sachverhalte, wie z. B. ein Anspruch auf Sonderurlaub für die Teilnahme an den para-</p>	<p>Kabinett: 27. April 2016</p> <p>Inkrafttreten: 9. Juni 2016 (BGBl. I 2016, S. 1284)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p>lympischen Spielen und an Weltcup- und Europacupveranstaltungen sowie ein Anspruch auf Sonderurlaub für eine Organtransplantation, wurden in den Verordnungstext übernommen.</p> <p>Der Tatbestandskatalog für Sonderurlaub aus persönlichen Gründen wurde erweitert um die Gewährung von Sonderurlaub für die Akutpflege naher Angehöriger und um die Gewährung von Sonderurlaub, wenn die Lebensgefährtin einer Beamtin oder eines Beamten ein Kind gebärt. Weiterhin wurden inhaltlich zusammengehörige Tatbestände zusammengefasst und jeweils in einer Norm geregelt. Für eine bessere Übersichtlichkeit erfolgte eine Untergliederung umfangreicher Regelungen in Absätze und Aufzählungen.</p>	
<p>D 2 / Datenblatt-Nr. 1806074</p> <p>Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Aufstieg in den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst über das Studium "Master of Public Administration" an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (MPAFHBundV)</p> <p>Ziel der Verordnung ist es, den Studiengang „Master of Public Administration“ an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund) an die aktuellen Anforderungen anzupassen. Seit dem Start im Jahr 2011 hat sich Änderungsbedarf für die Durchführung des Studienganges ergeben. Das betrifft vor allem die Prüfungsmodalitäten. Darüber hinaus handelt sich um redaktionelle Anpassungen. Mit Inkrafttreten der geänderten Grundordnung am 15.10.2014 wurde die „Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung“ in „Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung“ umbenannt.</p>	<p>Kabinett: 9. Dezember 2015</p> <p>Inkrafttreten: 12. Januar 2016 (BGBl. I 2016 S. 27)</p>
<p>D 3 / Datenblatt-Nr. 1806104</p> <p>Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2016/2017 (BBVAnpG 2016/2017)</p> <p>Übertragung des aktuellen Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen auf die Besoldungs- und Versorgungsempfänger des Bundes</p>	<p>Kabinett: 13. Juli 2016</p> <p>BT 1.: 22. September 2016 BR 1: 23. September 2016 Abschluss IN: 28. September</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
<p><u>Ziel:</u></p> <p>Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes vom 29. April 2016 auf Besoldungs- und Versorgungsempfänger. Damit werden diese Bezüge an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse angepasst.</p>	<p>2016</p> <p>BT 2./3.: 21. Oktober 2016</p> <p>BR 2: 4. November 2016</p> <p>Inkrafttreten: 1. März 2016 bzw. 1. Februar 2017 (BGBl I 2016 S. 2570)</p>
<p>D 2 / Datenblatt-Nr. 1806133</p> <p>Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung und anderer laufbahnrechtlicher Vorschriften</p> <p>Für den Aufstieg in Laufbahnen des gehobenen Dienstes wird wieder ein praxisorientiertes Aufstiegsformat, die fachspezifische Qualifizierung, eingeführt. Die Bewährungszeit vor der Zulassung zum Aufstieg beträgt statt vier nur noch drei Jahre. Darüber hinaus wird für Beamtinnen und Beamte des einfachen Dienstes, die eine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen, eine Möglichkeit der Zulassung zu Laufbahnen des mittleren Dienstes geschaffen, die dem Zulassungsverfahren von Beamtinnen und Beamten mit Hochschulstudium zu Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes entspricht. Die Laufbahn tierärztlicher Dienst wird mit der Laufbahn agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst zusammengelegt. Für Auswahlverfahren zur Einstellung in einen Vorbereitungsdienst soll eine Rahmenregelung geschaffen werden. Ferner wird bei Vorbereitungsdiensten, die als Bachelorstudiengänge ausgestaltet sind, die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung zu einer nicht bestanden Modulprüfung erleichtert. Vor dem Erwerb der Bildungsvoraussetzungen ausgeübte hauptberufliche Tätigkeiten sollen bei der Anerkennung einer Laufbahnbefähigung berücksichtigt werden können. Bei Beförderungsauswahlverfahren wird sichergestellt, dass zur Überprüfung von Anforderungsmerkmalen, zu denen die dienstlichen Beurteilungen keinen Aufschluss geben, eignungsdiagnostische Instrumente eingesetzt werden können.</p>	<p>Kabinett: 21. Dezember 2016</p> <p>Inkrafttreten: 27. Januar 2017 (BGBl. I 2017 S. 89)</p> <p>BR-Zustimmung ist nicht erforderlich.</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
D 3 / Datenblatt-Nr. 1806146 11. Änderung der Erschwerniszulagenverordnung Mit dem Vorhaben sollen Zulagen für besonders belastete Beamte und Soldaten erhöht oder neu eingeführt werden. Darüber hinaus sind redaktionelle Änderungen erforderlich.	Kabinett: 29. März 2017 Inkrafttreten: 1. Mai 2017 (BGBl. I 2017 S. 828)
D 2 / Datenblatt-Nr. 1806161 Änderung Mutterschutz- und Elternzeitverordnung für Bundesbeamte (MuSchEltZV) Umsetzung der Änderungen der mutterschutzrechtlichen Bestimmungen im Nachgang zum MuSchÄndG	Kabinett: 15. November 2017 Inkrafttreten: Januar 2018
FF BMAS / D 5 / Datenblatt-Nr. 1811129 Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentenstärkungsgesetz) Stärkung der betrieblichen Altersversorgung (bAV) (Umsetzung des Koalitionsvertrags, wonach die bAV insbesondere in KMU gestärkt werden soll)	Kabinett: 21. Dezember 2016 Inkrafttreten: 1. Januar 2018 (BGBl. I 2017 S.
Abteilung KM	
KM 5 / Datenblatt-Nr. 1806145 Zweites Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften Im Rahmen eines Artikelgesetzes sollen das Waffengesetz (Artikel 1), die Allgemeine Waffengesetz-Verordnung (Artikel 2), das Beschussgesetz (Artikel 3) und das Nationales-Waffenregister-Gesetz (Artikel 4) geändert werden. Das Waffenrecht soll von Verweisen auf überholte technische Normen bereinigt werden. Durch Anpassung von Zuständig-	Kabinett: 25. Januar 2017 BR 1: 10. März 2017 GÄ: 12. April 2017 BT 1.: 9. März 2017

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>keitsregelungen, Berücksichtigung internationaler Vorgaben und Beseitigung von Regelungsmängeln soll die Vollzugspraxis vereinfacht werden. Überdies soll mit der Novelle die Durchführungsverordnung (EU) 2015/2403 der Kommission vom 15. Dezember 2015 zur Festlegung gemeinsamer Leitlinien über die Deaktivierungsstandards und -techniken, die gewährleisten, dass Feuerwaffen bei der Deaktivierung endgültig unbrauchbar gemacht werden (ABl. L 333 vom 19.12.2015, S. 62) - EU-Deaktivierungsdurchführungsverordnung -, umgesetzt werden.</p> <p>Wie in der vorangegangenen Novelle ist eine befristete Strafverzichtsregelung für den illegalen Besitz von Waffen und Munition vorgesehen, um die Zahl illegal zirkulierender Waffen zu verringern.</p> <p>Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf vom 10. März 2017 die Einführung einer sog. Regelanfrage der Waffen- bei den Verfassungsschutzbehörden im Rahmen der waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsprüfung (§ 5 Waffengesetz) gefordert. Anstelle der von den Ländern geforderten Regelanfrage wurde eine wirkungsgleiche Alternativlösung entwickelt, die im Wege eines Änderungsantrags in das Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften eingebracht wurde. Lösungsweg: Speicherung von Anträgen im NWR (Erweiterung des § 3 NWRG und weiterer Vorschriften), Herabsenken der Verdachtsschwelle bei Annahme der Unzuverlässigkeit wegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen und verstärkte Nutzung der bereits nach derzeit geltendem Recht bestehenden Abfragemöglichkeit des NWR durch die Verfassungsschutzbehörden.</p>	<p>BT 2./3.: 19. Mai 2017 BR 2: 2. Juni 2017</p> <p>Inkrafttreten: 6. Juli 2017 (BGBl. I 2017 S. 2133)</p>
<p>KM 5 / Datenblatt-Nr. 1806107</p> <p>Fünftes Gesetz zur Änderung des Sprengstoffgesetzes</p> <p>Umsetzung der Richtlinien 2013/29/EU (Neufassung Pyrotechnik-RL 2007/23/EG), 2014/58/EU (Errichtung eines Systems zur Rückverfolgung pyrotechnischer Gegenstände) und 2014/28/EU (Neufassung Explosivstoff-RL 93/15/EWG)</p>	<p>Kabinett: 2. November 2016</p> <p>BR 1: 16. Dezember 2016 GÄ: 11. Januar 2017 BT 1.: 1. Dezember 2016 Abschluss IN: 25. Januar 2017 BT 2./3.: 26. Januar 2017</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
	BR 2: 10. März 2017 Inkrafttreten: 1. Juli 2017 Art. 1 Abs. 6: Inkrafttreten am 17. Juni 2017. (BGBl. I 2017 S. 1586)
KM 5 / Datenblatt-Nr. 1806116 Zweite Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum SprengG Umsetzung der Richtlinien 2013/29/EU (Neufassung Pyrotechnik-RL 2007/23/EG), 2014/58/EU (Errichtung eines Systems zur Rückverfolgung pyrotechnischer Gegenstände) und 2014/28/EU (Neufassung Explosivstoff-RL 93/15/EWG), soweit nicht Änderung im SprengG; Aufhebung von aus der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz ins SprengG verlagerten Bestimmungen zur Konformitätsbewertung, Kennzeichnung und institutionellen Freistellungen. Beseitigung einer Inländerdiskriminierung in der Beschussverordnung.	Kabinett: 2. November 2016 Notifizierung des Entwurfs als technische Vorschrift nach RL 2015/1535: 16. November 2016 BR 1: 10. März 2017 WL an MB: 1. Mai 2017 Inkrafttreten: 1. Juli 2017 Art. 1 Nummer 28: Inkrafttreten am 17. Juni 2017 BGBl. I 2017 S. 1617)

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
Abteilung SP	
<p>SP 6</p> <p>Gesetz zur Bekämpfung von Doping im Sport (Anti-Doping-Gesetz)</p> <p>Der Entwurf des Anti-Doping-Gesetzes sieht eine Ausweitung der Besitzstrafbarkeit und Einführung eines neuen Straftatbestandes „Selbstdoping“ vor. Zudem wurden wesentliche Forderungen des BMI (Informationsaustausch StA-NADA; Datenschutz, Schiedsgerichtsbarkeit) umgesetzt.</p>	<p>Kabinett: 25. März 2015</p> <p>BR 1: 8. Mai 2015</p> <p>Kabinett - GÄ: 13. Mai 2015</p> <p>BT 1.: 22. Mai 2015</p> <p>Anhörung: 8. Juni 2015</p> <p>Abschluss: 10. oder 17. Juni 2015</p> <p>BT 2./3.: 13. November 2015</p> <p>BR 2:</p> <p>Inkrafttreten: 18. Dezember 2015 (BGBl I 2015 S. 2210)</p>
<p>SP 6 / Datenblatt-Nr. 1806085</p> <p>Zweites Gesetz über eine finanzielle Hilfe für Dopingopfer der DDR (Zweites Dopingopfer-Hilfegesetz)</p> <p>Der 2002 von der Bundesregierung mit dem Dopingopfer-Hilfegesetz (DOHG) aufgelegte Fonds, aus dem 194 DDR-Dopingopfer eine finanzielle Unterstützung von rund 10.500 € erhalten haben, hat mit Abstand nicht alle DDR-Dopingopfer erfasst.</p> <p>Voraussichtlich 1.000 weitere Dopingopfer wären nach den damaligen Kriterien anspruchsberechtigt gewesen, konnten ei-</p>	<p>Kabinett: 9. März 2016</p> <p>BR 1: 22. April 2016</p> <p>GÄ:</p> <p>BT 1.: 14. April 2016</p> <p>Abschluss IN: 11. Mai 2016</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>nen solchen Anspruch aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht geltend machen.</p> <p>Aus Gründen der Gleichbehandlung soll deshalb mit dem Zweiten Gesetz über eine finanzielle Hilfe für Dopingopfer der DDR (Zweites Dopingopfer-Hilfegesetz) ein neuer Fonds eingerichtet werden, der wieder vom Bundesverwaltungsamt verwaltet wird und aus dem, nach denselben Kriterien wie damals, die jetzt als anspruchsberechtigt anerkannten Opfer jeweils 10.500 € erhalten sollen.</p> <p>Am 18. Mai 2017 hat BT entschieden, die Frist zur Stellung von Anträgen nach dem DOHG 2 über den 30. Juni 2017 bis zum 31. Januar 2018 zu verlängern.</p>	<p>BT 2./3.: 2. Juni 2016 BR 2: 17. Juni 2016</p> <p>Inkrafttreten: 3. Juli 2016 (BGBl. I 2016, S. 1546)</p>
Stab R	
<p>R 1 / Datenblatt-Nr. 1806154</p> <p>Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht</p> <p>Die Abschiebungshaft wird für Ausreisepflichtige erweitert, von denen eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter oder bedeutende Rechtsgüter der inneren Sicherheit ausgeht. Die aufenthaltsrechtliche Überwachung von ausreisepflichtigen Ausländern bei Vorliegen eines besonders schwerwiegenden Ausweisungsinteresses bzw. aus Gründen der inneren Sicherheit wird erweitert. Es wird die Möglichkeit einer räumlichen Beschränkung des Aufenthalts für Geduldete eingeführt, die ihre Rückführung durch vorsätzlich falsche Angaben, durch Täuschung über die Identität oder Staatsangehörigkeit oder Nichterfüllung zumutbarer Anforderungen an die Mitwirkung bei der Beendigung von Ausreisehindernissen verhindert oder verzögert haben. Die einmonatige Widerrufsfrist nach über einjähriger Duldung wird für diese Personengruppe abgeschafft. Die zulässige Höchstdauer des Ausreisegewahrsams wird auf zehn Tage verlängert. Ausländische Reisepapiere dürfen künftig auch von Deutschen, die Mehrstaater sind, bei Vorliegen von Passentziehungsgründen einbehalten werden. Es wird gesetzlich klargestellt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge besonders geschützte Daten nach einer Einzelfallabwä-</p>	<p>Kabinett: 22. Februar 2017</p> <p>BR 1: 10. März 2017 GÄ: 22. März 2017 BT 1.: 23. März 2017 BT 2./3.: 18. Mai 2017 BR 2: 7. Juli 2017</p> <p>Inkrafttreten:</p>

Vorhabenbezeichnung Inhalt / Begründung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
<p>gung vor allem aus medizinischen Attesten auch zur Abwehr von Gefahren für Leib oder Leben weitergeben darf. Die Jugendämter werden verpflichtet, in geeigneten Fällen für von ihnen in Obhut genommene unbegleitete minderjährige Ausländer, die möglicherweise internationalen Schutz benötigen, umgehend von Amts wegen einen Asylantrag zu stellen. Es wird zudem eine Rechtsgrundlage im Asylgesetz geschaffen, wonach das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – ebenso wie bereits die Ausländerbehörden – zur Sicherung, Feststellung und Überprüfung der Identität einschließlich der Staatsangehörigkeit von Asylsuchenden Daten aus mobilen Endgeräten und auf SIM-Karten herausverlangen und auswerten kann. Die Länder werden gesetzlich ermächtigt, die Befristung der Verpflichtung für Asylsuchende ohne Bleibeperspektive, in Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen, zu verlängern.</p> <p>Im parlamentarischen Verfahren wurden noch folgende weitere Regelungen in das Gesetz eingefügt: Regelungen zur Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen, Möglichkeit der Unterbringung von Gefährdern während der Abschiebungshaft in Justizvollzugsanstalten, Residenzpflicht für Gefährder im Asylverfahren, Übermittlungspflichten bei Heimatreisen von Schutzberechtigten in ihren Verfolgerstaat, Wegfall der Ankündigung der Abschiebung von Geduldeten nur bei aktuell andauernder Nichtmitwirkung, Möglichkeit des Datenabgleichs des BKA mit ausländischen Staaten, Begrenzung des Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen in Extremfällen auf maximal 24 Monate, Eröffnung der Sprungrevision im Asylverfahren.</p>	
<p>R 1</p> <p>Fünfte Verordnung zur Änderung der Aufenthaltsverordnung</p> <p>Die Aufenthaltsverordnung ist hinsichtlich eines für die Rückführung bestimmten Passersatzes an das zum 8. April 2017 veränderte Recht der Europäischen Union anzupassen. Durch die Verordnung (EU) 2016/1953 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über die Einführung eines europäischen Reisedokuments für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger und zur Aufhebung der Empfehlung des Rates vom 30. November 1994 (ABl. L 311 vom 17.11.2016, S. 13) wird das bisherige Standardreisedokument für die Rückführung durch ein neues europäisches Rei-</p>	<p>Inkrafttreten: 8. April 2017 (BGBl. I 2017 S. 690)</p>

Vorhabenbezeichnung	Zeitplan (Kabinett, Parlament)
Inhalt / Begründung	
sedokument mit erhöhten Sicherheitsanforderungen ersetzt.	